

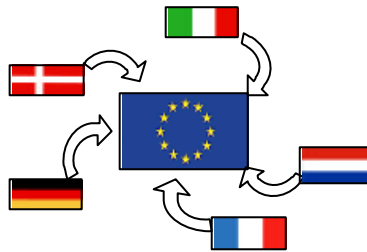
Dezember 2000

Universität Trier

Lehrstuhl für Internationale Beziehungen/Außenpolitik

Project on the Comparative Analysis of Foreign Policies in Europe

‘PAFE’



Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken

Theoretische Grundlegung und methodische Vorgehensweise

PAFE-Arbeitspapier Nr. 1

(draft version)

von

Henning Boekle, Jörg Nadoll und Bernhard Stahl

Kontakt:

Universität Trier

FB III/ Politikwissenschaft

Lehrstuhl für Internationale Beziehungen/ Außenpolitik - Projekt: PAFE

Postfach DM 45

54286 Trier

Tel. +49-(0)651-201-2151

Fax: +49-(0)651-201-3821

e-mail: pafeproj@uni-trier.de

webpage: <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm>

Vorbemerkung: Das folgende Arbeitspapier erhebt keinerlei Anspruch auf Abgeschlossenheit und Ausgereiftheit. Insofern gehört es in die Kategorie der ‚never-to-be-finished‘-Paper, die im Verlauf des Projekts weiter komplettiert werden. Zudem möchten wir zu bedenken geben, dass das Papier primär zur ‚inneren Verwendung‘ gedacht ist und uns selbst als Vorlage dienen soll. Demzufolge mag es für den interessierten externen Leser zuweilen etwas schwergängig erscheinen. Wir empfehlen, eventuell nur Teile zu lesen: Für allgemein Interessierte empfehlen sich die Teile 1. und 2., während für ‚Anwender‘ der Diskursanalyse Teil 3, insbesondere 3.3 interessant sein könnte.

Gliederung

	Seite
Verzeichnis der Abbildungen.....	4
1. Einleitung	5
1.1 Die Puzzles	5
1.2 Zur theoretischen Verortung.....	6
2. Die Grundannahmen.....	9
2.1 Ziele.....	9
2.2 Forschungsprämissen und -hypothesen.....	10
2.3. Zur Definition von Identität.....	12
2.3.1 Typologien und Abgrenzungen.....	14
2.3.2 Identität und Rolle	16
2.4. Träger von Identität	18
2.4.1 Kollektive Identität.....	18
2.4.2 Institutionen.....	18
2.4.3 Eliten.....	20
2.5 FAZIT	21
3. Methodische Vorgehensweise	24
3.1 Identität – Diskurs - Verhalten.....	24
3.2 Erstellung und Vergleich der Verhaltensprofile (Dimension 1).....	25

3.3 Erstellung der Diskursprofile (Dimension 2)	29
3.3.1 Das Diskursverständnis	29
3.3.2 Grundbegriffe der Diskursanalyse.....	30
3.3.3 Vorgehensweise bei der Diskursanalyse	31
3.3.4 Auswahl der relevanten Textquellen.....	33
3.4. Konkurrierende Leithypothesen zur Erstellung von Motivprofilen (Dimension 3)	33
4. Literatur	36

Verzeichnis der Abbildungen

	Seite
Abb. 1: <i>Grafik</i> ; Identität und Verhalten	11
Abb. 2: <i>Grafik</i> ; Wechselwirkung Identität/ Verhalten.....	12
Abb. 3: <i>Tabelle</i> ; Identitäts-Konzepte in den Internationalen Beziehungen	15
Abb. 4: <i>Tabelle</i> ; Identität und Rolle	17
Abb. 5: <i>Grafik</i> ; Erstellung der Verhaltens- und Motivprofile	35

1. Einleitung

1.1 Die Puzzles

Die Außenpolitikanalyse in Europa sieht sich verschiedenen empirischen Rätseln ausgesetzt. Ein erstes besteht darin, die Existenz des Phänomens ‚europäische Außenpolitik‘¹ überhaupt zu erklären. Die Forschung steht hier erst am Anfang, indem versucht wird, das Verhalten der EU in verschiedenen Kontexten und diversen Partnern gegenüber empirisch zu erfassen. Hierbei hat man Mühe, mit der zunehmenden Beschleunigung der Institutionalisierung europäischer Außenpolitik bis hin zu einer ‚Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik‘ Schritt zu halten. Nicht nur semantisch unterstreicht der – in diesem Kontext auch angebrachte - Begriff der ‚Sicherheits- und Verteidigungs*identität*‘ das zunehmend identitäre Selbstverständnis der Union. Auch die Sanktionen der EU-Mitglieder gegen Österreich auf Grund der Regierungsbeteiligung der FPÖ verweisen auf den Einfluss, den die ‚europäische Identität‘ selbst auf das Verhalten der EU-Mitgliedstaaten untereinander auszuüben scheint und stehen offensichtlich außerhalb traditioneller Erklärungen.

Zugleich wird in einem Teil der politikwissenschaftlichen Literatur - insbesondere vor dem Hintergrund der europäischen Jugoslawien-Politik – vielfach die außenpolitische Handlungsunfähigkeit der EU konstatiert. Hieraus wird das ‚Scheitern‘ der gemeinsamen europäischen Außenpolitik abgeleitet (so z.B. Eyal 1993; Koslowski 1996; Schmalz 1999). Ohne diese Wertungen zu kommentieren oder selbst normative Bewertungskriterien für den Erfolg bzw. Misserfolg einer europäischen Außenpolitik einführen zu wollen, ergibt sich aus diesen Feststellungen zusätzlich zu dem bereits genannten Rätsel, das in der Existenz europäischer Außenpolitik als solcher besteht, ein spiegelbildliches empirisches Puzzle: Was hemmt bzw. fördert die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik?² Als intuitiv einleuchtende Erklärung hierfür wird in der Regel auf unterschiedliche Europapolitiken der Mitgliedstaaten im weiteren Sinne verwiesen (White 1999: 43). Auch jüngere empirische Studien selbst in verschiedenen Politikfeldern belegen die Relevanz der nationalen Positionen zur Erklärung europäischer Außenpolitik (Stavridis/Hutchence 2000: 61; Elgström 2000: 195). Dieser Verweis von der europäischen auf die nationalstaatliche Ebene zieht jedoch weitere Fragen nach sich: Warum verhalten sich europäische Nationalstaaten in ihrer

¹ Europäische Außenpolitik wird dabei verstanden als die Summe gemeinsamer Initiativen aller oder eines Teils der EU-Mitglieder innerhalb der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP), der im EG-Vertrag geregelten EG-Außenbeziehungen, sonstiger internationaler Organisationen oder bi- bzw. multilateraler ad-hoc-Kooperation unter Beteiligung der EU.

² Das Jugoslawien-Beispiel macht indes auch klar, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass eine gemeinsame kohärente Position ein Garant für eine gute und effiziente Politik ist (vgl. Boekle/Katsioulis 2000: 7f.). Gleichwohl erscheint es plausibel davon auszugehen, dass gemeinsames Handeln sehr wohl als Vorbedingung für effizientes Auftreten der EU gelten kann.

Europapolitik so, wie sie sich verhalten? Auf die Außenpolitik bezogen, lässt sich fragen: Warum befürworten manche EU-Staaten (z.B. die Niederlande) eine weitere Vergemeinschaftung der EU-Außenpolitik, während andere Staaten (z.B. Frankreich) an einer intergouvernementalen Struktur der EU-Außenpolitik festhalten? Ohne diese Fragen zu beantworten, lässt sich offensichtlich kaum Substantielles über Chancen und Risiken europäischer Außenpolitik sagen.

1.2 Zur theoretischen Verortung

Welche Antworten geben uns nun etablierte Theorien der Internationalen Beziehungen zur Erklärung unterschiedlicher nationaler Außenpolitiken? Realistische Ansätze, die staatliches Verhalten aus den materiellen Bedingtheiten des internationalen Systems heraus erklären, argumentieren, dass kleine Staaten durch Mehrheitsentscheidungen in der EU über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik an „voice opportunities“ (Grieco 1995: 34) und mithin an Einfluss gewinnen. Doch das dieser Erklärung zugrunde liegende neorealistische Axiom, dass die (Macht-)Position eines Staates im internationalen System für sein außenpolitisches Verhalten ausschlaggebend ist (vgl. Elman 1996; Waltz 1993: 45), scheidet an dem Befund, dass Staaten, die den selben systemischen „incentives“ und „constraints“ ausgesetzt sind, sich eben nicht ähnlich, sondern eher unterschiedlich verhalten. Ein Blick auf die niederländische und die dänische Europapolitik Anfang der 90er Jahre zeigt dies: Während das dänische Maastricht-Referendum 1992 als Menetekel der Integrations skepsis gilt, steht die holländische Europapolitik spätestens seit dem (gescheiterten) Vorschlag einer Ein-Säulenarchitektur 1991 für eine extrem vergemeinschaftungsfreundliche Politik, die auch die Außenpolitik einschließt. Und diese Unterschiede gibt es nicht nur zwischen kleinen, sondern auch zwischen großen EU-Staaten, wie die GASP-Politiken Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens zeigen (Wagner 1999a).

Bereits ein flüchtiger Blick in europapolitische Sammelbände zeigt, dass zur Erklärung dieser Unterschiede und der teilweise idiosynkratischen Verhaltensweisen auf die Innenpolitik der Mitgliedstaaten verwiesen wird (vgl. Hill 1996, Rometsch 1996, Weidenfeld/Wessels 1991ff., Weidenfeld 1999). Theoretisch-analytisch sei hier auf den Ansatz von Moravcsik verwiesen, der Europapolitik als interessengeleitete *domestic politics* begreift (Moravcsik 1998). Ohne auf die Schwächen dieses Ansatzes im einzelnen einzugehen (vgl. dazu Stone Sweet/Sandholtz 1998) ist offensichtlich, dass sich Phänomene wie das erwähnte dänische Maastricht-Referendum kaum als interessengeleitete Politik deuten lassen: In Dänemark waren die mächtigsten Interessengruppen samt Regierungen mit ihrer

Befürwortung des Vertrages von Maastricht auf der Verliererstraße, und die Entscheidung fiel offensichtlich ‚gegen alle ökonomische Vernunft‘ aus (Stahl 1999: 288f.).

Im Zusammenhang mit der sogenannten „Dritten Theoriedebatte“ in den internationalen Beziehungen (Lapid 1989) wird von einigen Vertretern „konstruktivistischer“ Theorieansätze auf „nationale Identität“ als Erklärung für das außenpolitische Verhalten von Staaten verwiesen (z.B. Aggestam 1999, Jepperson et al. 1996). Die „nationalen Identitäten“ der EU-Mitgliedstaaten erzeugen demzufolge unterschiedliche Europa- und Außenpolitiken, solange ihre soziale Konstruktion primär im nationalen und weniger im europäischen Kontext stattfindet. Umgekehrt gewinnt eine europäische Außenpolitik in dem Maße an Konturen, in dem auf europäischer Ebene Identität konstruiert wird. Die Hypothese vom Zusammenhang zwischen Identität und Außenpolitik erscheint angesichts der genannten Defizite rationalistischer Erklärungen auf den ersten Blick verlockend. Bislang leidet der konstruktivistische Ansatz in den Internationalen Beziehungen und der Außenpolitik aber an mangelnder Klarheit über wissenschaftstheoretische Grundannahmen, Prioritäten und Methodologie eines konstruktivistischen Forschungsprogramms (Adler 1997: 320; Checkel 1998: 325).

Bei allen Unklarheiten herrscht seitens konstruktivistisch inspirierter Autoren Einigkeit über die Grundannahme, dass Akteure und Strukturen sich wechselseitig konstituieren und reproduzieren, also kodeterminiert sind (Checkel 1998: 326). Als *soziale* (Meta-)Theorie (vgl. Wendt 1999) geht der Konstruktivismus daher nicht – wie Neorealismus und Liberalismus – von exogen bestimmten Akteursinteressen, sondern von der sozialen Konstruktion von Identitäten und Interessen aus. Aus dieser ontologischen Grundannahme ergeben sich auch epistemologische Implikationen. So ist eine strikte Trennung zwischen unabhängiger und abhängiger Variable sowie zwischen Akteuren und Strukturen aufgrund der Annahme ihrer wechselseitigen Konstituierung strenggenommen nicht möglich. Während rationalistische Ansätze primär zum Ziel haben, (strategisches) Akteurshandeln zu erklären, streben konstruktivistische Ansätze danach, das Verhalten von Akteuren – strategisches wie auch kommunikatives bzw. argumentatives Handeln – und seine Motive zu verstehen (vgl. Hollis/Smith 1990). Eine besondere Rolle spielt dabei die Analyse von Sprache (vgl. Risse 2000). Anders als radikalere „poststrukturalistische“ Ansätze lehnt der Konstruktivismus jedoch die Erkenntnisgewinnung mit Hilfe mehr oder minder positivistischer Methoden nicht rundweg ab, sondern will sie lediglich um interpretative Methoden ergänzen und so eine Brücke zwischen rationalistisch-positivistischen und interpretativen Ansätzen bauen (Adler 1997; Checkel 1998: 327).

Das ‚PAFE‘-Projekt verortet sich theoretisch innerhalb der konstruktivistischen Ansätze, indem es die verhaltensprägende Kraft nichtmateriell-ideeller Faktoren zu ermitteln sucht und sich dabei – neben der Analyse von Verhalten (vgl. unten, Abschnitt 3.2.) – insbesondere der Analyse außenpolitischer Diskurse bedient (s. unten, Abschnitt 3.3.). Das Ziel des Projektes besteht darin, den Zusammenhang zwischen (nationaler) Identität und außenpolitischem Verhalten zu erschließen und gleichzeitig einen Beitrag zur konstruktivistischen Theorieentwicklung zu leisten. Die übergeordnete, zugegebenermaßen abstrakt klingende empirische **Fragestellung** lautet dabei: Wie konstruiert sich europäische Außenpolitik, und was fördert bzw. hemmt eine gemeinsame europäische Außenpolitik? Zur Beantwortung dieser Frage wird das Verhalten von fünf ausgewählten Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande und Dänemark) anhand eines Kriterienkatalogs systematisch analysiert. Die ausgewählten Länder spiegeln unserer Ansicht nach die Heterogenität der EU nicht nur im Hinblick auf traditionelle Faktoren wie demographische Größe, Wirtschaftspotential und geographische Lage ausreichend wider. Sie sind auch bezüglich solcher Faktoren, die die Struktur innergesellschaftlicher Diskurse prägen und daher im Rahmen unseres Designs bedeutungsvoll erscheinen (z.B. Regierungssystem, Verfassungstraditionen, grundlegende gesellschaftliche Werthaltungen etc.), relativ heterogen.

Selbstverständlich bedeutet dies keineswegs, dass sich andere Staaten nicht ähnlich gut als Untersuchungsgegenstände eignen würden, so können Irland, Spanien oder Großbritannien gleichfalls intuitiv als vielversprechende Kandidaten für einen Identitätsansatz gelten. Jedoch gebot uns die Sparsamkeit und Machbarkeit des Vorhabens, gerade vom Vereinigten Königreich Abstand zu nehmen, stellt man die relativ reichhaltige Literatur hierzu in Rechnung.

Das länderspezifische Verhalten soll anhand von drei Fallstudien untersucht werden, die ausgewählte Problemfelder europäischer Außenpolitik betreffen. Um einerseits eine möglichst repräsentative Fallauswahl aus den verschiedenen außenpolitischen Sachbereichen und andererseits eine relative zeitliche Nähe der Fälle zueinander zu gewährleisten, haben wir uns für den Kosovo-Krieg, die Frage der Osterweiterung der EU unter besonderer Berücksichtigung der Türkei-Problematik und die europäische Außenhandelspolitik im GATT (Abschluss der Uruguay-Runde) entschieden.³ Ziel der Fallstudien ist es, in relativ spezifischen Handlungskontexten Anhaltspunkte für konkrete Wechselwirkungen von nationaler Identität und außenpolitischem Verhalten zu gewinnen, auf deren Grundlage sich dann verall-

³ Vgl. inhaltlich ausführlicher zu den Fallstudien die Ausführungen im DFG-Antrag (3.2.1.2) sowie die angefertigten Zusammenfassungen von Florian Lütticken (GATT) und Anna Johannesdottir (Türkei) sowie die von Johanna Löhr zusammengestellte Skizze des Kosovo-Dossiers des DAP-Projekts.

gemeinerbare Aussagen über diese Wechselwirkung machen lassen. Etwas konträr zum ‚*common wisdom*‘ haben wir die Fälle aus sehr unterschiedlichen Politikfeldern mit zudem noch verschiedenem Vergemeinschaftungsgrad gewählt (cross-sectional cases). Hintergrund dafür ist, dass wir nicht per se von der institutionellen Prämisse ausgehen, dass der Vergemeinschaftungsgrad die nationalen Politiken entscheidend bestimmt.

In allen Fällen interessiert uns primär der nationale Input und die jeweilige gesellschaftliche Resonanz, weniger das Entscheidungsverfahren auf europäischer Ebene. Gleichwohl sollen in den Fallstudien auch die europäische Entscheidungen – insbesondere, wenn sie nach außen hin relevant werden – mit betrachtet werden, um den Einfluss des jeweiligen nationalen Diskurses auf diese und vice versa einschätzen zu können.

Das vorliegende Arbeitspapier stellt die theoretische Grundlegung und methodische Vorgehensweise des Projektes dar. Hierzu werden zunächst die Ziele und Grundannahmen skizziert, wobei in methodischer und inhaltlicher Hinsicht etwas ausführlicher auf die Schwierigkeiten einer Konzeptualisierung von Identität eingegangen wird (Abschnitt 2). Daran schließt sich eine Beschreibung des geplanten Analyseverfahrens an, in dessen Mittelpunkt die Diskursanalyse steht (Abschnitt 3).

2. Die Grundannahmen

2.1 Ziele

Allgemein und denormativiert lautet unsere Fragestellung: Wie konstituiert sich Europäische Außenpolitik? Akzeptiert man den normativen Grundgehalt eines Interesses an einer zukünftig kohärenteren Europäischen Außenpolitik, so versuchen wir, Chancen und Risiken europäischer Außenpolitik auszuloten. Hierzu werden die Außenpolitiken von fünf Mitgliedstaaten systematisch in verschiedenen Kontexten europäischer Außenpolitik miteinander verglichen. Mithin ist eines der angestrebten Ergebnisse des Forschungsprojekts, die vergleichende Außenpolitikforschung zu beleben.⁴

Das Projekt verortet sich im moderaten Konstruktivismus, wobei ‚Identität‘ als wichtige Hintergrundvariable fungiert. Insofern können die Projektergebnisse auch einen Beitrag zur Theoriediskussion der IB leisten, indem die Operationabilität und Leistungskraft von konstruktivistischen Projektdesigns geprüft wird.

⁴ Vgl. zum (sehr ernüchternden) Stand der vergleichenden Außenpolitikforschung den PAFE-Beitrag 3, ‚Vergleich als Methode‘ von Anna Jóhannesdóttir.

Das Projekt zur europäischen Außenpolitikforschung schließt an das Vorgängerprojekt am Lehrstuhl zur ‚Zivilmacht‘ in zweierlei Hinsicht an: Zum einen wird die vergleichende Analyse Deutschlands, Japans und der USA um europäische Staaten erweitert. Zum anderen sollen die theoretischen Implikationen der außenpolitischen Rollenanalyse dadurch erweitert werden, dass systematische Erkenntnisse über den ‚Ego-Part‘ einer Rolle (Kirste/Maull 1996: 286f.) gewonnen werden.

2.2 Forschungsprämissen und -hypothesen

Unsere *Forschungsprämisse* ist, dass die Schwierigkeiten bei der Herausbildung einer kohärenten EU-Außenpolitik aus den (außenpolitisch relevanten) nationalen Identitäten⁵ der Mitgliedstaaten resultieren, deren Verschiedenheit voneinander divergierendes außenpolitisches Verhalten (zumindest mit) erzeugt. Wir gehen also davon aus, dass die Gesellschaften der EU-Mitgliedstaaten spezifische, relativ stabile nationale Identitäten aufweisen (*erste Unterprämisse*). Zur Klarstellung sei angemerkt, dass es sich hierbei nur auf den ersten Blick um ein im Ansatz ‚europaskeptisches Forschungsprojekt‘ handelt: Je größer die „Schnittmengen“ der jeweiligen nationalen Identitäten sind, desto wahrscheinlicher ist ein gemeinsames außenpolitisches Handeln der EU-Mitgliedstaaten.

Da der Bezugspunkt nationaler Identität v.a. das politische System und dessen Vertretung gegenüber der Außenwelt – die Regierung – ist, gehen wir davon aus, dass Regierungen weiterhin die wichtigsten Akteure in der europäischen Außenpolitik sind (*zweite Unterprämisse*). In ihrem außenpolitischen Verhalten bewegen sich Regierungen generell innerhalb des Verhaltensrahmens, der sich aus dem innergesellschaftlich (mehr oder weniger) geteilten inhaltlichen Verständnis nationaler Identität ergibt (*dritte Unterprämisse*). Implizit gehen wir also davon aus, dass Regieren in einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft stets an diese rückgebunden werden muss.

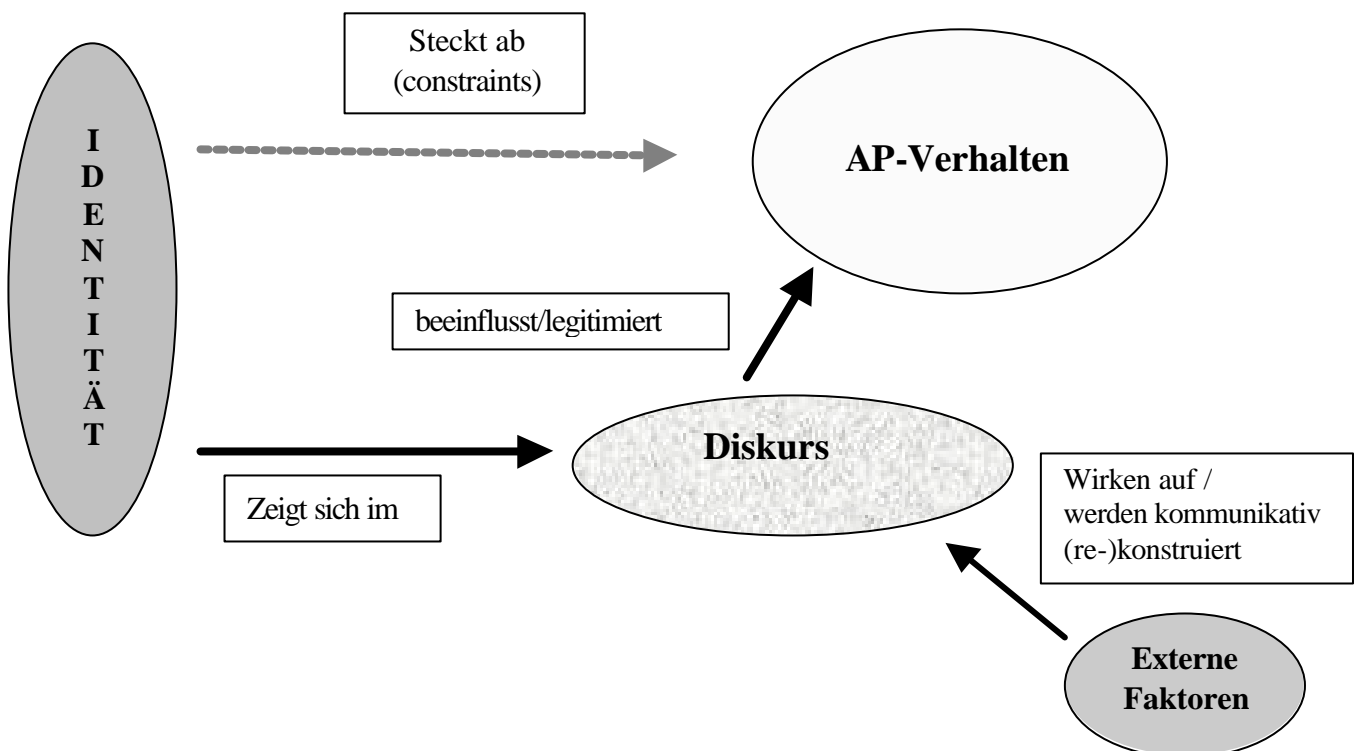
Diese Prämissen werden – ihrem Wesen nach – im Projekt nicht weiter hinterfragt. Aus diesen Grundannahmen folgen zwei *Forschungshypothesen*, nämlich (1) dass Staaten sich in gleichen Situationen unterschiedlich verhalten (*horizontale Hypothese*), und (2), dass ein Mitgliedstaat sich in verschiedenen Situationen ähnlich verhält (*vertikale Hypothese*).

Ein konstruktivistisches Forschungsdesign hat auch in epistemologischer Hinsicht Konsequenzen. So folgt aus der Annahme, dass das außenpolitische Verhalten eines Staates durch die nationale Identität beeinflusst wird, nicht, dass eine derart abstrakte Konstruktion

⁵ Zur Definition nationaler Identität s.u., Abschnitt 2.2.

wie ‚nationale Identität‘ *direkt* politisches Verhalten in spezifischen Handlungssituationen bestimmt. Wir konzeptualisieren die Wirkung nationaler Identität auf außenpolitisches Verhalten weniger im Sinne einer ‚Ursache‘ bestimmter Handlungen, als vielmehr als ein ‚Motiv‘, das bestimmte Handlungsweisen gegenüber anderen privilegiert.⁶ Wie sich nationale Identität konkret auf das außenpolitische Verhalten eines Staates auswirkt, hängt nicht zuletzt von den spezifischen Faktoren bestimmter Handlungssituationen ab. Der Identitätsansatz ist keine Entscheidungstheorie. Identität bildet generell einen kommunikativ zu aktivierenden ‚Referenzrahmen‘ für (durchaus kontroverse) innergesellschaftliche Diskurse, in welchen sich dann der identitätsbezogene, jeweils situationsspezifische Verhaltensrahmen herauskristallisiert (vgl. Cruz 2000: 277). Dies muss nicht deliberativ – also *ante factum* –, sondern kann auch legitimatorisch – *post factum* – geschehen. Dem jeweils einschlägigen innergesellschaftlichen Diskurs kommt in unserem Untersuchungsdesign demnach herausragende Bedeutung für die Ermittlung des Zusammenhangs zwischen nationaler Identität und außenpolitischem Verhalten (situationsspezifisch sowie allgemein) zu (siehe Abb. 1).

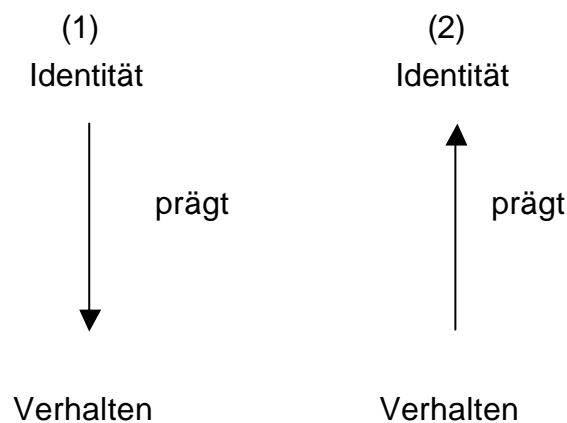
Abb. 1: Grafik; Identität und Verhalten



⁶ Diese Konzeptualisierung der Wirkung nationaler Identität auf Verhalten entspricht also jener Konzeptualisierung der Wirkung von Normen, wie sie Kratochwil (1989) und Kratochwil/Ruggie (1986) entwickelt haben.

An dieser Stelle muss noch einmal darauf hingewiesen werden, dass nationale Identität ihrerseits durch (außenpolitisches) Verhalten reproduziert, aber auch „verändert oder sogar neu“ konstruiert, d.h. ihrerseits zur abhängigen Variable werden kann. Dieser Umstand stellt für eine positivistische methodische Vorgehensweise ein nicht unerhebliches Problem dar, wie die folgende graphische Veranschaulichung (Abb. 2) zeigt:

Abb. 2: *Grafik*; Wechselwirkung Identität/Verhalten



Da wir den Einfluss nationaler Identität auf außenpolitisches Verhalten untersuchen möchten (1), müssen wir versuchen, die umgekehrte Auswirkung von außenpolitischem Verhalten auf nationale Identität (2) – also deren Wandel im Zuge von Verhalten – wenigstens weitgehend auszuklammern. Dies bedeutet, dass wir unsere Fallstudien, mit deren Hilfe wir die Wechselwirkung zwischen nationaler Identität und außenpolitischem Verhalten ermitteln wollen, zeitlich relativ kurz ‚schneiden‘ müssen, um eine Verzerrung unserer Ergebnisse durch Wandel nationaler Identität wenigstens weitgehend ausschalten zu können. Gleichzeitig müssen wir aber offen sein für Prozesse der sozialen Konstruktion europäischer Identität. Die Suche nach Indikatoren für die Herausbildung einer solchen europäischen Identität und ihr Verhältnis zu den jeweiligen nationalen Identitäten der zu untersuchenden EU-Mitgliedstaaten wird – wie auch die Ermittlung der jeweiligen nationalen Identitäten selbst – in der Analyse außenpolitischer Diskurse zu leisten sein.

2.3. Zur Definition von Identität

Allgemein bezeichnet **Identität** zunächst die spezifischen Charakteristika einer Person in Beziehung zu und in Abgrenzung von anderen. Dabei ist jedoch nicht von einer „natürlichen“, exogen vorgegebenen Identität auszugehen. Die Charakteristika, die Identität bilden, werden

vielmehr in einem sozialen Prozess erworben (Weller 1999: 4). Die Herausbildung einer spezifischen Identität und ihre eventuelle inhaltliche Modifikation ist vielmehr immer ein Produkt sozialer Interaktion und Kommunikation (Mead 1973: 222, 244f.). Jedoch unterscheiden sich verschiedene Identitätsbegriffe insofern, als sie entweder die *Selbstzuschreibung* oder aber die *Fremdzuschreibung* identitätsbildender Elemente in den Vordergrund stellen. Ist ersteres der Fall, d.h. ist die Selbstreflexion eines Individuums über seine Wesenszüge, die es von anderen unterscheiden und unverwechselbar machen, Grundlage der Konstruktion von Identität, so wird von individueller Identität gesprochen. Personale Identität hingegen meint diejenigen Rollen und Eigenschaften, die ein Individuum im Prozess seiner Sozialisierung in ein soziales Umfeld internalisiert. Beide Identitätsaspekte sind jedoch insofern miteinander verknüpft, als die Konstruktion von Identität immer eine Konsequenz der Kommunikation und Interaktion eines Individuums mit seinem sozialen Umfeld ist (Pollack 1998: 46).

Menschliche Individuen haben ein emotionales Grundbedürfnis danach, sich mit anderen menschlichen Individuen und sozialen Gruppen zu identifizieren, also neben ihrer individuellen bzw. personalen Identität *soziale Identitäten* auszubilden. Soziale Identität bezeichnet in ihrer psychologischen Definition

„...that part of an individual's self-concept which derives from his knowledge of his membership in a social group (..) together with the value and emotional significance attached to that membership“.

(Tajfel 1978: 63)

Die soziale Gruppe, die sich aus den sich mit ihr identifizierenden Individuen zusammensetzt, unterscheidet sich von anderen sozialen Gruppen wiederum durch ihre spezifische *kollektive Identität*. **Kollektive Identität** meint „die zeit- und generationsübergreifende Beständigkeit von Institutionen, Symbolen, Werthaltungen und Zielen einer Gruppe oder staatlich verfassten Gesellschaft“ (Holtmann 1991: 237) – vor allem das Produkt von Kommunikation und Interaktion innerhalb einer sozialen Gruppe, die sich bestimmter, mehr oder minder objektivierbarer Gemeinsamkeiten bewusst ist (*ingroup*) und diese Gemeinsamkeiten in Abgrenzung zu anderen Individuen und Gruppen (*outgroup*) als identitätsbildend betont (vgl. Weller 1999: 256). **Nationale Identität** ist eine spezifische Form kollektiver Identität. Sie basiert auf der Selbstdefinition eines Kollektivs als „Nation“ mit einer gemeinsamen Geschichte. Die Konstruktion nationaler Identität manifestiert sich in dem von der Gruppe „Nation“ geteilten Bestreben, verschiedene Begriffe von „Nation“ – Sprachnation, Kulturnation, Staatsnation usw. – miteinander in Deckung zu bringen. Der

gemeinsamen politischen Organisationsform der Nation – dem Staat und seinen Institutionen – kommt für die Identifikation der einzelnen Mitglieder mit der sozialen Gruppe „Nation“ daher besondere Bedeutung zu.

Das Verständnis nationaler Identität, das wir unserem Forschungsdesign zugrunde legen, ist insofern ein konstruktivistisches, als es – auch wenn „[d]ie diskursive Konstruktion nationaler Identität [...] offenbar des Rohmaterials [bedarf], welches sich zur Konstruktion nationaler Identität interpretativ aufbereiten lässt“ (Weller 1999: 261) – von der diskursiven Konstruktion nationaler Identität ausgeht und diese nicht einfach als gesetzt annimmt. Wir folgen also Lepsius in unserem Verständnis, dass Nation nicht eine quasi-natürliche kollektive Einheit (wie z.B. in primordialistischen Nationskonzepten, die gemeinsame Abstammung oder gemeinsames „Blut“ betonen, vgl. hierzu Cruz 2000: 279) darstellt, sondern „eine gedachte Ordnung, eine kulturell definierte Vorstellung, die eine Kollektivität von Menschen als eine Einheit bestimmt“ (Lepsius 1990: 232).⁷ Gleichzeitig grenzen wir unser Identitätsverständnis von jenem Alexander Wendts (1994, 1992) ab, der die Formierung nationaler Identität wesentlich als Produkt von Kommunikation und Interaktion zwischen den (National)-Staaten – also von Prozessen auf der Ebene des internationalen Systems – ansieht. Dies hat seine Ursache darin, dass wir nicht wie Wendt die Tendenzen und Chancen der Herausbildung einer kollektiven Identität auf der Ebene des internationalen Systems als Ganzem analysieren, sondern umgekehrt die Unterschiede im europabezogenen außenpolitischen Verhalten verschiedener EU-Mitgliedstaaten unter Rückgriff auf deren jeweils spezifische soziale Konstruktionen nationaler Identität erklären wollen. Daraus folgt, dass für uns die Konstruktion kollektiver Identität *innerhalb* der national verfassten Gesellschaften im Vordergrund steht. Des weiteren lehnen wir die für Wendts Identitätsverständnis kennzeichnende Anthropologisierung des Staates – also die analoge Behandlung menschlicher Individuen einerseits und Staaten andererseits als Träger von Identität – ab.

2.3.1 Typologien und Abgrenzungen

In einem Versuch, verschiedene Definitionen und Konzepte von Identität systematisch zu ordnen, hat Weller (2000: 10) eine Typologie vorgelegt und die verschiedenen Identitätskonzepte anhand der Autoren, die sie jeweils vertreten, in vier Gruppen gegliedert.

⁷ Vgl. auch Andersons (1991: 6) Definition von Nationen als „imagined communities“.

Abb. 3: *Tabelle*; Identitätskonzepte in den Internationalen Beziehungen

Form der Identität	Träger der Identität :	
	Staaten	Individuen
Soziale Identität	(1) Wendt (1992, 1999)	(4) Weller (1999,2000)
Kollektive Identität	(2) Risse-Kappen (1995a, b, 1996); Wendt (1994)	(3) Nationalismus-Forschung (vgl. Estel 1994)

(nach Weller 2000: 10)

Grundlage von Wellers Typologie sind die zwei Dimensionen der Form sowie der Träger der Identität. Bei „Form der Identität“ unterscheidet Weller zwischen sozialer und kollektiver Identität, während bei „Träger der Identität“ zwischen auf Staaten einerseits und Individuen andererseits bezogenen Identitätskonzepten differenziert wird. Der unserem Projekt zugrundeliegende Identitätsbegriff neigt hinsichtlich der Identitätsträger – wie oben angemerkt – klar zu einem auf Individuen bezogenen Identitätskonzept, während er hinsichtlich der Form von Identität zwischen „sozialer Identität“ und „kollektiver Identität“ angesiedelt ist, weil wir diese beiden Formdimensionen als notwendigerweise komplementär ansehen. In Wellers Vier-Felder-Matrix siedeln wir uns daher zwischen Feld 4 (soziale Identität, deren Träger Individuen sind) und 3 (kollektive Identität, deren Träger Individuen sind) an.

Bei der Abgrenzung von Identität von anderen ideellen Variablen, die in neueren, konstruktivistischen Ansätzen der Internationalen Beziehungen und Außenpolitikanalyse hervorgehoben und den klassischen, materiellen Variablen rationalistischer Ansätze (wie Machtverteilung oder gesellschaftlichen Interessen) gegenübergestellt werden, muss insbesondere das Verhältnis von Identität und **Kultur** diskutiert werden.⁸ Während Identität – wie oben dargelegt – die individuellen oder kollektiven Eigenschaften bezeichnet, die von einem Individuum oder einer Gruppe in Abgrenzung von anderen Individuen oder Gruppen hervorgehoben werden, meint Kultur die tradierten, sozial konstruierten und reproduzierten Bedeutungssysteme, die intersubjektiv geteilt und zur Interpretation von Wirklichkeit herangezogen werden. Kultur ist dabei gegenüber Identität einerseits „flüssiger“ und dynamischer, andererseits noch weniger handlungsbezogen. Identität ist demzufolge „fundamentally a

⁸ Vgl. zu kulturbasierten Ansätzen in den Internationalen Beziehungen und der Außenpolitikanalyse Jetschke/Liese 1998, Lapid 1996.

problem-solving tool for coping in particular environments“, also “the action unit of culture” (Fitzgerald 1993: 186, z.n. Lapid 1996: 8f.). Während die gemeinsame Kultur eines Kollektivs zwar eine entscheidende Rolle für die Reproduktion und Rekonstruktion von Identität spielt, bildet doch nicht jede Gruppe, die ein kollektives Identitätsverständnis teilt, eine eigene Kultur aus (Fitzgerald 1993: 190, z.n. Lapid 1996: 8). Dies gilt sogar für staatlich verfasste Nationen.⁹ Nicht zuletzt deswegen haben wir uns dafür entschieden, die Wirkung nationaler Identität und nicht von Kultur auf außenpolitisches Verhalten zu untersuchen.

Auch von **Ideen, Werten und Normen** muss das Konzept von Identität unterschieden werden. Ideen sind „beliefs held by individuals“ (Goldstein/Keohane 1993: 3), die sich in ihrer Gesamtheit zu jeweils individuellen „belief systems“ (Little/Smith 1988) verbinden. Auch Werte fallen als „principled beliefs“ (Goldstein/Keohane 1993) unter Ideen, unterscheiden sich aber von „causal beliefs“, die sich auf Ursache-Wirkung-Zusammenhänge beziehen, dadurch, dass sie moralisch positive oder negative Handlungsziele definieren. Normen sind im Unterschied zu Ideen und Werten nicht individueller, sondern sozialer Natur; sie sind „intersubjektiv geteilte, wertegestützte Erwartungen angemessenen Verhaltens“ (Boekle/Rittberger/Wagner 1998: 3). Ideen, Werte und Normen ergeben sich auch aus Identität und sind im Rahmen dieses Projekts vor allem dann von Interesse, wenn sie die Aspekte des ‚belonging‘ und der Abgrenzung zwischen ‚we and them‘ betreffen. Da unser Ziel jedoch weniger in der Erklärung außenpolitischen Verhaltens in jeweils spezifischen Handlungssituationen als vielmehr der Beleuchtung des generellen Zusammenhangs zwischen nationaler Identität und außenpolitischem Verhalten liegt, haben wir uns für nationale Identität als Variable entschieden.

Schließlich ist Identität auch von **Institutionen** zu unterscheiden. Als im Vergleich zu Identität relativ spezifische, gebündelte Verhaltensanforderungen, Rollenerwartungen und Handlungsrouninen spielen (insbesondere staatliche) Institutionen aber eine wichtige Rolle für die soziale Konstruktion und Reproduktion nationaler Identität, und in dem Maße, in dem solche Institutionen eigene Akteursqualitäten ausbilden, können sie auch zu Trägern identitätsbezogener Diskurse werden (s. unten, Abschnitt 2.3.2.).

2.3.2 Identität und Rolle

Insoweit wir davon ausgehen, dass nationale Identität im nationalen Binnendiskurs konstituiert wird, ist unser Identitätsbegriff *reflexiv*. Er rekurriert also auf die von den Mitglie-

⁹ So wäre es angesichts teilweise erheblicher Übereinstimmungen bereits problematisch, den 15 EU-Mitgliedstaaten jeweils eine eigene „nationale“ Kultur zu unterstellen. Dies gilt z.B. für die skandinavischen Länder, aber auch etwa für Deutschland und Österreich. Die Existenz eigenständiger nationaler Identitäten etwa in Norwegen und Schweden bleibt von den kulturellen Übereinstimmungen dieser Länder jedoch unberührt.

dem eines Kollektivs, das sich als Nation versteht, im Diskurs vorgenommene Selbstzuschreibung. Nach diesem Verständnis unterscheidet sich das Konzept der Identität von jenem der **Rolle**, bei welchem Fremdzuschreibungen – also die rollenspezifischen Verhaltenserwartungen anderer – im Vordergrund oder – wie beim Zivilmachtiskonzept (vgl. Maull 1992, Kirste/Maull 1996, Harnisch 1997) – zumindest gleichberechtigt neben der Selbstzuschreibung stehen (zu weiteren Unterschieden s. unten, Tabelle 2). Die Annahme eines festen Wirkungsverhältnisses erscheint zum Zweck der vergleichenden Analyse verschiedener Länder jedoch problematisch. Für uns hingegen sind Fremdzuschreibungen deshalb nur insoweit relevant, als sie im Binnendiskurs aufgegriffen und in das kollektive, identitäre Selbstverständnis einfließen.¹⁰ Des Weiteren wird davon ausgegangen, dass sich das Ausmaß, in dem die Erwartungen anderer Staaten oder Institutionen im binnengesellschaftlichen Diskurs wahrgenommen, aufgegriffen und argumentativ für die eigene Sache eingesetzt wird, von Land zu Land beträchtlich unterscheidet (Maull/Stahl 2000: 29ff).

Abb. 4: *Tabelle*; Identität und Rolle

<i>Unterscheidungskriterien</i>	Identität	Rolle
Theoretisches Verständnis	Eher metaphysisches Konstrukt und handelsleitende Hintergrundvariable	Eher methodisches Instrument zur Konzeptionalisierung von außenpolitischem Handeln
Definition	Selbstverständnis in Bezug auf soziale Gruppenzugehörigkeit	Funktionalisierte Attributionen - Bündel von Verhaltenserwartungen
Wandel	Relativ stabil; Wandel kann durch ‚formative Ereignisse‘ angeregt werden, die im Diskurs entsprechend thematisiert werden	Wandel durch Veränderung der Außen- oder Selbstzuschreibungen
Akteursbezug	Kollektiv, gesellschaftsbezogen	Individuell, außenpolitisch Handelnde/ Anthropomorphisierung des Staates
Quelle/Herkunft	Eher das Selbst, das Eigene	Eigen- (ego) und Fremdzuschreibung (alter)
Eigenschaft	Wird durch Diskurs konstruiert und manifestiert sich in diesem	Muss theoretisch oder normativ abgeleitet werden
Bezug zu Präferenzen	Beeinflusst diese, wird aber auch beeinflusst	Präferenzen gehen durch Funktionalisierungen in der Rolle auf
Bedeutung der Geschichte	Wichtigste Quelle der inhaltlichen Bestimmung	Nur eine mögliche Quelle für Aufladungen

¹⁰ Dies gilt z.B. für die traditionelle machtpolitische Zurückhaltung der „alten“ Bundesrepublik, die als Rollenerwartung von außen an diese herangetragen, dann aber „ein Teil des außenpolitischen Selbstverständnisses“ (Kirste/Maull 1996: 289) und mithin Teil der bundesdeutschen Identität wurde.

2.4. Träger von Identität

2.4.1 Kollektive Identität

Aus unserem Verständnis nationaler Identität folgt, dass wir nicht die Staaten, sondern das aus menschlichen Individuen bestehende Kollektiv, das sich als „Nation“ definiert und sich mit den staatlichen Institutionen als Verkörperung seiner kollektiven Identität identifiziert, als Träger nationaler Identität verstehen. Die Entstehung nationaler Identität setzt voraus, dass die Wahrnehmung der sozialen Welt für die Mitglieder des Kollektivs „Nation“ durch eine bestimmte Kategorisierung geprägt wird, die von großer Bedeutung für die soziale Identität der Einzelnen ist. In diesem Zusammenhang wird ‚Nation‘ als Identitätsangebot für die Individuen konstruiert (Pollak 1998: 75). Sie entsteht – wie oben dargelegt – primär durch Kommunikationsprozesse innerhalb einer Gesellschaft. Selbstverständlich können systemische Veränderungen Einfluss auf nationale Identitätskonstruktionen haben. Für die Bildung und den Wandel von Identität ist aber nicht die Struktur des internationalen Systems, sondern der Diskurs zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft, genauer zwischen dem Staat (bzw. seinen Repräsentant/innen) und der Gesellschaft entscheidend. Diese Annahme ist zumindest so lange plausibel, wie außenpolitikrelevante Diskurse in Europa primär innerhalb nationalgesellschaftlicher Öffentlichkeiten geführt werden (Gerhards 1993). Dementsprechend werden systemische Veränderungen in diesem Projekt nur insoweit in Rechnung gestellt, als sie im innergesellschaftlichen Diskurs aufgegriffen werden.

Grundlagen der Konstruktion nationaler Identität bilden sowohl die Vergangenheit als auch Gegenwart und Zukunft. Jede soziale Gruppe konstruiert ihre kollektive Identität auch mittels eines Rückgriffs auf die Vergangenheit, die z.T. in ihrem Bedeutungsgehalt erheblich verzerrt werden kann („chosen trauma/chosen glory“). Diese gemeinsam im Kommunikationsprozess (re)konstruierte Vergangenheit vermittelt auch Orientierung für die Gegenwart und die Zukunft (vgl. Cruz 2000). Allerdings wird das Bild der Vergangenheit zu einem großen Teil von der Gegenwart her entworfen. Neue gesellschaftliche und/oder politische Orientierungsformen bedürfen neuer Vergangenheiten. Sind diese einmal (re)konstruiert, wirken sie als Stabilitätsfaktoren im Thematisierungs- und Kommunikationsprozess. Bedingung der Möglichkeit aller kollektiver – also auch nationaler – Identitäten ist das gemeinsame Handeln.

2.4.2 Institutionen

Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang *Institutionen* (für das Folgende vgl. Stahl 1998: 18f.) zu, die aus einer bestimmten Identität erwachsen sind und zu deren

Stabilisierung beitragen. Institutionen werden in der Soziologie klassischerweise als „Leitideen“ (Hauriou 1965: 32; zitiert nach: Waschkuhn 1987: 87) aufgefasst. Des Weiteren erfüllen sie im Zuge des anthropologischen Funktionalismus (Malinowski 1975: 31) elementare Funktionen der Bedürfnisbefriedigung (Sinnggebung, Orientierung). Eine zweite soziologische Herangehensweise beschäftigt sich vorzugsweise mit den Konsequenzen und Wirkungen von Institutionen: Institutionen sind in diesem Sinne „Regelsysteme menschlichen Verhaltens“ (Berg-Schlosser/Maier/Stammen 1974: 40), „Symbolnetze von Handlungsgewohnheiten“ (Waschkuhn 1987: 71) oder „verallgemeinerte gesellschaftliche Handlungen“ (Mead 1973: 308). Generell tritt damit die Kontinuität kollektiver Handlungen in den Vordergrund. Institutionen weisen demnach immer zwei Aspekte auf: eine Entstehungsgeschichte auf Grund gesellschaftlicher Prozesse und eine Wirkungsgeschichte in Bezug auf die Gesellschaft. Diese Begriffsambivalenz kommt auch in der Definition von Berger/Luckmann zum Ausdruck:

„Institutionalisierung findet statt, sobald habitualisierte Handlungen durch Typen von Handlungen reziprok typisiert werden. Jede Typisierung, die auf diese Weise vorgenommen wird, ist eine Institution.“

(Berger/Luckmann 1971: 58).

Was die Wirkung von Institutionen angeht, so folgen wir Schreiner, der – in anderem Zusammenhang, aber verallgemeinerbar für die Institutionentheorie in den Geisteswissenschaften – in bezug auf das Verhältnis Individuum-Gesellschaft festhält:

„Institutionen begründen Dauer. Sie reduzieren die Unbegrenztheit möglicher Verhaltensweisen; sie verhindern die Beliebigkeit persönlichen und kollektiven Handelns und machen Handlungsabläufe, die für die Funktionsfähigkeit und den Bestand sozialer Systeme grundlegend sind, vorhersehbar. Institutionalisierung verweist auf die Bildung dauerhafter sozialer Beziehungen, die sich von der je aktuellen Situation ablösen, so dass soziale Realitäten eigener Art entstehen, die Kommen und Gehen, Leben und Tod der einzelnen Individuen überdauern. Institutionalisierung strebt als Prozessergebnis eine sinnhafte Ordnung von Verhaltensregeln an, die einem Sozialgebilde Bestand geben.“

(Schreiner 1992: 296f)¹¹

Nationale Gesellschaften streben nach einer dauerhaften Verfestigung von Elementen nationaler Identität in Form von Institutionen. Institutionen wirken identitätsstiftend und –

¹¹ Ähnlich: Göhler 1987b: 17 und Göhler 1997: 15.

bewahrend und können in diesem Sinne als ‚struktureller Ausdruck‘ nationaler Identität bezeichnet werden.

2.4.3 Eliten

Besondere Bedeutung bei der Konstruktion nationaler Identität kommt der politisch-kulturellen *Elite* bzw. den Intellektuellen zu:

„Leaders, intellectuals and other ‘ideologues’ of a group typically may be expected to play such a role (to invent ideologies, Anm. d. Autoren), especially because of their privileged access to public discourse, and because of their task to lead a group, co-ordinate its actions, make sure that its goals are realized and its interests protected.”

(Dijk 1998: 172)

Es ist davon auszugehen, dass politische Eliten eigene Identitätsbezüge und Weltbilder vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Erfahrungen und Sozialisation entwickelt haben, die – je nach Land in unterschiedlich starkem Maße – eine über das allgemeine ‚Weltverständnis‘ der Bevölkerung hinausgehende Erweiterung/Spezifizierung der allgemein vorherrschenden nationalen Identität darstellen. Weltbilder werden als „stabile Muster der Wahrnehmung und Interpretation der Welt“ und als Teil des Identitätskomplexes verstanden (Eder 1992: 4). Weltbilder dienen der Sinnggebung in einer sozialen Situation. Sie sind die kognitiven Instrumente der Handelnden, um komplexe soziale Situationen sinnggebend zu analysieren und Handlungsanleitungen zu generieren (Rein 1986: 2).

Wie andere kollektive Identitäten, so kann auch nationale Identität nicht unabhängig von den Individuen existieren, die das Kollektiv „Nation“ konstituieren. Sie ist unlösbarer Teil individuellen Wissens und Bewusstseins (vgl. Fuchs 1992: 20). Mit Blick auf das Individuum besteht die Identitätskonstruktion aus verschiedenen – für Außenstehende auch widersprüchlich erscheinenden – kontextabhängigen Elementen (Oakes/Haslam/Turner 1994: 100). In diesem Sinne ist auch die nationale Identität aus der Sicht des Individuums nur ein Element seiner Gesamtidentität. Als ‚Identitätsbezüge‘ beeinflussen einzelne Identitätselemente je nach Kontext ein bestimmtes Verhalten. Ein Identitätsbezug wird somit als ‚link‘ zwischen Identität und Verhalten angesehen. Einzelne Identitäten (geht man von ‚multiplen Identitäten‘ aus) bzw. Identitätselemente (wenn man wie wir von ‚Identitätskonstruktion‘ spricht) werden nur in bestimmten Interaktionszusammenhängen relevant und beeinflussen dann ein konkretes – gruppenspezifisches – Verhalten. Da die soziale Identität, also das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe – das Wir-Gefühl in Abgrenzung

zu den Anderen – von entscheidender Bedeutung für die Ich-Identität ist, die ihrerseits ein immaterielles Grundbedürfnis eines jeden Individuums darstellt, verhält sich der Einzelne in gruppenspezifischen Interaktionszusammenhängen gemäß der durch den jeweiligen Identitätsbezug vorgegebenen Verhaltenserwartung, um den einschlägigen Teil seiner Identität nicht in Frage gestellt zu sehen (Annahme der kognitiven Dissonanzreduktion; vgl. Festinger 1957).

„Human social perception and action are, on occasions, shaped by the tendency of individuals to internalize the needs and interests of the specific groups with which they identify.“

(Condor/ Antaki 1997: 332)

Gemeinsames Handeln – was sich aus der Sicht des Individuums auch als gruppenspezifisches Einzelhandeln in bestimmten Situationen darstellen kann – ist eine notwendige Bedingung sozialer Identität. Identität ist eine sicherheits- und sinngebende Konstante; sie dient der Reduktion von Komplexität, da sie Orientierungshilfe in einer komplexen Umwelt leistet. Ein Verhalten im Sinne der eigenen sozialen Identität dient ihrer festigenden Bestätigung. Die Bestätigung sozialer Identität durch ihr angemessenes Handeln wiederum reproduziert und festigt die kollektive Identität der Gruppe als solcher – im Falle der Nation also ihre jeweilige „nationale Identität“ –, da sie einheitliches Gruppenhandeln fördert.

2.5 FAZIT

- Wir betrachten Identität als eine relativ stabile, komplexe Konstruktion, die kleine ‚aktive‘ und große ‚inaktive‘ Teile aufweist. Ein Identitätswandel ist sehr selten und ohne einen vorausgehenden diesbezüglichen Kommunikationsprozess auf gesellschaftlicher Ebene undenkbar.
- Identitätskonstruktionen werden zum allgemeinen Konsens, wenn sie von den Mitgliedern einer Gruppe internalisiert und als Teil ihres Selbst empfunden werden (*‚Sozialisationsargument‘*; Schimmelfenning 1994).
- Institutionen sind gleichzeitig Ausdruck und Bewahrer bestimmter Identitätskonstruktionen. Gravierende institutionelle Veränderungen sind ein Indiz für einen möglichen Identitätswandel. Die einer politischen Institution zugrundeliegenden Regeln können politische Akteure bei ihrem Versuch, eine bestimmte Identitätskonstruktion herauszufordern oder zu verändern, durch die Verteilung ideeller und materieller Ressourcen stärken oder schwächen (Risse et al. 1999a: 9). Die Chance eines politischen Akteurs, die etablierte Identitätskonstruktion herauszufordern, ist abhängig von seiner Stellung im

Institutionengefüge und damit nicht für alle gleich. Wir gehen davon aus, dass auf Grund ihrer in den europäischen Staaten institutionell verankerten, hervorgehobenen Position insbesondere politische Parteien bzw. ihre Führungseliten bei der diskursiven (Re-)Konstruktion nationaler Identität privilegiert sind.

- Neue Identitätskonstruktionen und Vorstellungen über die politische Ordnung müssen bis zu einem gewissen Grad mit vorhandenen Identitätskonstruktionen, die in nationale Institutionen und in die politische Kultur eingebettet sind, im Einklang stehen (*„Resonanzannahme“*; Checkel 1997). Eine ‚Europäisierung‘ von nationalen Identitäten ist daher zunächst nur insoweit möglich, als die Ideen über Europa mit den tief verwurzelten nationalen Identitätskonstruktionen kompatibel sind und in diese integriert werden können.
- Wandlungen des intersubjektiv geteilten, inhaltlichen Verständnisses nationaler Identität finden am ehesten im Zuge von ‚formativen Ereignissen‘ statt. Marcussen et al. (1998: 4) sprechen von *„critical junctures“*, die sie als wahrgenommene Krisensituationen definieren (vgl. auch Cruz 2000: 276f.). Diese Krisensituationen können durch innenpolitische oder externe, gravierende Ereignisse ausgelöst werden. Allerdings bedürfen Veränderungen in der Identitätskonstruktion der Thematisierung eines formativen Ereignisses im innergesellschaftlichen Diskurs unter Herstellung eines Bezuges zur nationalen Identität.
- Den politischen Parteien kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung als Arenen zu, in denen neue Ideen gegenüber einer breiten Öffentlichkeit präsentiert werden. Parteien stiften die entscheidenden politischen Debatten an und gestalten sowie reflektieren diese.
- Wir begreifen Identität als die Grundlage von ‚Interesse‘ (vgl. Wendt 1992: 38, Risse et al. 1999b: 157, Katzenstein 1997: 3) und gehen daher nicht von einer Dichotomie – Identität vs. Interessen – aus. Vielmehr folgen wir der konstruktivistischen Sicht, dass der Ausformung von Interessen und Präferenzen sowie der Wahl geeigneter Handlungsstrategien zu deren Umsetzung eine Identitätsbindung zugrunde liegt, die den Rahmen für das Verhalten festlegt, das in der intersubjektiv geteilten Wahrnehmung des handelnden Kollektivs – in unserem Fall der Nation – als einer spezifischen Identität angemessen betrachtet wird.¹² „Nationale Interessen“ werden dementsprechend als diskursive Konstruktionen innerhalb eines bestimmten (identitätsgeprägten) Bedeutungszusammenhangs angesehen (vgl. Larsen 1999: 455). Interessen manifestieren sich im Diskurs und setzen sich im Kommunikationsprozess durch, wobei diese Kommunikationsprozesse jedoch – wie schon

¹² Zur sogenannten „Logik der Angemessenheit“ und ihrem Verhältnis zur „Logik der Konsequentialität“, die im Mittelpunkt rationalistischer Theorien steht, vgl. insbes. March/Olsen (1989: 23ff. u. 160ff.).

unsere Annahmen zur herausgehobenen Position von Parteien und politischen Eliten unterstreichen – keineswegs „herrschaftsfrei“ sind, sondern auch die Ausübung von Macht und Druck einschließen können.

- Zwischen (nationaler) Identität und (nationalen) Interessen bestehen permanente Wechselwirkungen. Identitätskonstruktionen definieren einerseits die Grenzen dessen, was Eliten als legitime ideelle Grundlage ihrer Interessen wahrnehmen. Andererseits können Interessen definieren, welche der für die Akteure verfügbaren Teile der komplexen Identitätskonstruktion ausgewählt werden. Identität ruft also in der Regel *nicht allein* ein bestimmtes Verhalten hervor. Zwar prägen Identitätskonstruktionen übergeordnete Ziele und Präferenzen der politischen Akteure, doch wird die jeweilige Wahl der konkreten Strategie zur Erreichung dieser Ziele durch exogene Faktoren wie die Wahrnehmung der aktuellen Situation und die erwarteten Strategien der anderen Akteure mitbeeinflusst (Risse et al. 1999a: 9). Welches Verhalten vor diesem Hintergrund für einen Staat durchführbar erscheint, kristallisiert sich im innergesellschaftlichen Diskurs heraus.
- In diesem Zusammenhang wird zwischen „offenen“ und „geschlossenen“ Diskursen unterschieden (s.u., Abschnitt 3.3). Der Diskurs ist „offen“, solange verschiedene Identitätsbezüge im Kommunikationsprozess miteinander konkurrieren. Wenn sich ein bestimmtes Identitätselement herauskristallisiert und schließlich zum allgemeinen Konsens wird, ist der Diskurs ‚geschlossen‘. Nun beginnt der ‚Internalisierungsprozess‘, womit es schwieriger wird, die jeweilige Identitätskonstruktion ‚herauszufordern‘ (vgl. Marcussen et al. 1998: 20).

3. Methodische Vorgehensweise

Ausgehend von der Grundannahme, dass „soziale Fakten“¹³ wie nationale Identität im Diskurs konstruiert werden, rückt in unserem Analysemodell der identitätsbezogene innergesellschaftliche Diskurs über außenpolitische Verhaltensoptionen bzw. –anforderungen als prägendes Strukturelement in den Vordergrund. Wir lösen uns vom methodologischen Individualismus, indem wir sozialen Akteuren nur eine Bedeutung als Träger von Diskursen zuweisen.

Auf einen Diskurs können interne und externe Faktoren einwirken. Unter ‚internen Faktoren‘ verstehen wir die Träger eines Diskurses. Dazu zählen einerseits die aktiven Teilnehmer, also menschliche Akteure die bestimmte Identitätselemente transportieren und andererseits gesellschaftliche Institutionen, die selbst Ausdruck von Identität und Teil des intersubjektiven Bedeutungsgehalts sind, und die den Teilnehmern bestimmte Regeln und Ressourcen zur Verfügung stellen. ‚Externe Faktoren‘, also Ereignisse, die außerhalb der Diskursgemeinschaft liegen, werden erst vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Kommunikationsprozesses mit Bedeutung versehen. Die Wirkung der einzelnen Faktoren kann daher nicht abstrakt-generell festgestellt werden; sie ergibt sich erst im konkreten Diskurs.

3.1 Identität – Diskurs - Verhalten

Die Grundannahme des Projekts lautet, dass sich die nationale Identität im Diskurs ausprägt und somit indirekt – eben über den innergesellschaftlichen Diskurs - das außenpolitische Verhalten eines Staates beeinflusst. Bei der methodischen Umsetzung stehen wir also vor dem Problem, die Wechselwirkungen von Identität, Diskurs und Verhalten so zu konzeptualisieren, dass ein Vergleich zwischen dem außenpolitischen Verhalten der Untersuchungsländer unter Berücksichtigung unserer Forschungsprämissen möglich ist. Dabei ergeben sich zwei Hauptprobleme: Erstens gibt es keine uns bekannten geeigneten Ansätze, die Identität auch nur annähernd operationalisieren. Zweitens lassen sich Diskursanalyse und ein systematischer – d.h. auf Grundlage eines stringenten Kriterienkatalogs durchgeführter – Vergleich des außenpolitischen Verhaltens verschiedener Länder nicht im formalwissenschaftlich korrekten Wege verbinden. Verhaltens- und Diskursanalyse dienen unterschiedlichen Erkenntnisinteressen. Während die Verhaltensanalyse der Beschreibung von Verhalten dient, gibt die Diskursanalyse Aufschluss darüber, wie das beobachtete Verhalten zustande gekommen ist bzw. legitimiert wird. Während bei der Verhaltensanalyse spezifische, am Erkenntnisinteresse

¹³ Zur Unterscheidung „sozialer Tatsachen“ von „objektiven Tatsachen“ vgl. Searle (1970): 50ff.; Kratochwil (1989): 21ff.

ausgerichtete Kriterien geprüft werden können, die eine klare Einordnung des untersuchten Verhaltens ermöglichen, kann im Wege der Diskursanalyse untersucht werden, auf welche Weise und von wem ein bestimmtes Ereignis in einer Gesellschaft thematisiert wurde. Durch die Untersuchung von Textquellen lässt sich, z.B. anhand von wiederkehrenden Redewendungen, auffälliger Syntax, etc., feststellen, von welchem normativen Kontext der Verfasser geleitet wurde. Beide Analyseverfahren ermöglichen eine vergleichende, aber diesbezüglich nicht gleiche methodische Vorgehensweise. Auf Grund des Umstandes, dass innergesellschaftliche Diskurse in verschiedenen Ländern u.U. in erheblichem Maße idiosynkratische Charakteristika aufweisen können, ist ein ‚strukturierter Vergleich‘ im Sinne von George/Bennett bei der Diskursanalyse strenggenommen nicht möglich (vgl. hierzu das PAFE-Arbeitspapier Nr. 1 von Anna Jóhannesdóttir: „Vergleich als Methode“, S. 3).

Auf Grund der Schwierigkeiten hinsichtlich einer Konzeptualisierung und Operationalisierung nationaler Identität, die ein deduktives Vorgehen bei der identitätsgestützten Analyse außenpolitischen Verhaltens ermöglichen würde, sowie der Möglichkeit, die Diskursanalyse kohärent in ein vergleichendes Forschungsdesign zu integrieren, haben wir uns für eine analytische Trennung der beiden Verfahren und damit zu einer ‚zweigleisigen Vorgehensweise‘ entschieden. In einem ersten Schritt wird das außenpolitische Verhalten der Länder in der jeweiligen Fallstudie anhand bestimmter phänomenologischer Kriterien vergleichend untersucht (Dimension 1: Verhaltensprofil). In einem zweiten Schritt werden die dem Verhalten vorausgehenden Diskurse analysiert (Dimension 2: Diskursprofil). Die Diskursanalyse dient als entscheidendes ‚Tool‘ zur Operationalisierung von nationaler Identität und zur Verbindung von Identität und Verhalten. Ihr kommt über diesen methodischen Aspekt hinaus aber auch ein eigener Erkenntniswert zu. Wir gehen davon aus, dass die Analyse eines mit einem bestimmten Verhalten in Verbindung stehenden Diskurses darüber Aufschluss gibt, wie das Verhalten zustande gekommen ist.

„Political discourse can be seen as a domestic structural factor constraining foreign policy.”

(Larsen 1999: 454)

3.2 Erstellung und Vergleich der Verhaltensprofile (Dimension 1)

Primäres Ziel ist die Erstellung außenpolitischer Verhaltensprofile. Dementsprechend bildet das außenpolitische Verhalten des jeweiligen Staates den Ausgangspunkt der Betrachtung. Als „außenpolitisches Verhalten“ begreifen wir in diesem Zusammenhang alle außenpolitischen, willentlichen Handlungsweisen von Mitgliedstaaten, die von internationalen Akteuren als außenpolitisch relevant erachtet werden (z.B. Abstimmungsverhalten, Bereitstellung von

Truppenkontingenten, positive und negative Anreize, etc.). Die methodische Vorgehensweise stellt sich wie folgt dar: Aus der länderspezifischen Sekundärliteratur wird zunächst ein Profil des *allgemeinen* außenpolitischen Verhaltens der ausgewählten EU-Staaten erstellt, das als Orientierungshilfe bei der Erstellung der folgenden fallstudienspezifischen Verhaltensprofile dienen soll.

Die allgemeinen **Verhaltensprofile** sollten – so unsere bisherigen Überlegungen¹⁴ - drei Politikfelder abdecken: Sicherheitspolitik, Europapolitik und Wirtschaftspolitik. Die Unterscheidung von Politikfeldern lässt sich z.B. damit begründen, dass es sich um unterschiedliche Kommunikationszusammenhänge handelt. Die Verfassung weist in den einzelnen Bereichen verschiedenen Personen eine privilegierte Stellung im (verbalen) Interaktionsprozess zu. Nach unseren Grundannahmen müsste es gleichgültig sein, auf welches Politikfeld sich der Kommunikationsprozess bezieht, langfristig kommen die Grundelemente der Identitätskonstruktion immer zum Zuge. Allerdings decken unserer Fallstudien nur einige Bereiche und einen kleinen Zeitraum ab. Die genauere Untersuchung von einzelnen ‚Politikfeldern‘ soll helfen diesen Umständen Rechnung zu tragen.

Für die Erstellung der allg. Verhaltensprofile erscheinen folgende **Kriterien** sinnvoll:

I. Sicherheitspolitik:

- Geostrategische Aspekte
- Militärisches Potential
- Spezifische Kooperationszusammenhänge (Verhalten in diesen Institutionen)
- Stellenwert der EU/ WEU
- Beteiligung/ Mitteleinsatz in vergangenen Krisensituationen

II. Wirtschaftspolitik:¹⁵

- Allg. Wirtschaftsdaten
- Bevorzugter Wirtschaftsraum/Handelspartner
- Staat vs. Markt als Regelungsinstanz: Unterschiede zwischen Gütergruppen/Sektoren
- Regelungsebene (subnational – national – europäisch – GATT) und spezifische Kooperationszusammenhänge (Verhalten in diesen Institutionen)
- Instrumentenwahl: Positive od. negative Anreize auf Import-/Exportseite

¹⁴ Vgl. Memo von Jörg Nadoll vom 17.5.2000

¹⁵ Vgl. Memo von Bernhard Stahl vom 23.8.2000

III. Europapolitik:

- Eigene Entwicklungsgeschichte in der EG/ EU
- Haltung in/zu anderen europäischen Institutionen
- Schwerpunkte während der Präsidentschaft
- Wichtige Initiativen (allgemein)
- Haltung zum gemeinsamen Handeln insgesamt (Kriterienkatalog folgende Seite)
- Haltung zu Reformüberlegungen
 1. Vertiefung (Mehrheitsentscheidungen, Rolle des EU-Parlaments, etc..)
 2. Erweiterung
- Mitgliedschaft in europäischen Institutionen (Schengener Abkommen, Währungsunion, etc..)

Die Erarbeitung dieser allgemeinen Verhaltensprofile erscheint relativ unproblematisch.¹⁶ Zwar muss man sich einen Überblick über die z.T. große außenpolitische Literatur zu den Staaten verschaffen, doch bleiben diese Profile aufgrund der weitestgehend zu vermeidenden Motivunterstellung sehr deskriptiv und eher nüchtern.

Um mögliche Tautologieprobleme zu vermeiden, muss sich die zu sondierende Sekundärliteratur zeitlich auf einen Zeitraum *vor* den Fallstudienereignissen beziehen. Unterhalb der Ebene solch allgemeiner Verhaltensanalysen streben wir eine spezifischere Analyse des außenpolitischen Verhaltens der zu untersuchenden EU-Staaten in den Politikbereichen Sicherheit, Wohlfahrt und Europa. Die Auswahl dieser Politikbereiche ist dabei nicht willkürlich, sondern folgt der Auswahl unserer drei Fälle, von denen einer (Jugoslawien/Kosovo) dem Sicherheitsbereich, der zweite (GATT/Uruguay-Runde) dem Wohlfahrtsbereich zuzuordnen ist, während der dritte (EU-Osterweiterung unter besonderer Berücksichtigung der Türkei) zwar auch Sicherheits-, wohlfahrts- und herrschaftspolitische Fragen umfasst, in seiner Gesamtheit aber am besten unter der Rubrik „Europa“ zu erfassen ist.¹⁷

¹⁶ Einen ersten Eindruck vermitteln die anlässlich der ersten Beiratskonferenz angefertigte Folienpräsentation über die Außenpolitiken der fünf Länder. Vgl. dazu: <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm> -> PAFE-Konferenz -> Powerpoint Presentations.

¹⁷Die typologische Unterscheidung der Politikbereiche Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft ist v.a. durch Czempiel (1981) begründet worden, hat sich aber in vielerlei wissenschaftlichen Kontexten – etwa in der Regimeanalyse (vgl. Hasenclever et al. 1997, Rittberger 1993) und der Außenpolitikanalyse (vgl. Rittberger/Wagner 2000) bewährt. „Europa“ als hier identifizierbarer Sachbereich ist zwar nicht zuletzt durch herrschaftspolitische Aspekte gekennzeichnet (v.a. natürlich den Souveränitätstransfer von der einzelstaatlichen auf die europäische Ebene, vgl. Wagner 1999), doch würde eine Verengung dieses Politikkomplexes auf den Politikbereich Herrschaft der Vielschichtigkeit dessen, was „Europa“ umfasst, nicht gerecht, weswegen wir uns für eine eigene typologische Kategorie für „Europa“ entschieden haben.

Die letzte Stufe bei der Erstellung der Verhaltensprofile wird schließlich die *Ermittlung des spezifischen Verhaltens* der ausgewählten EU-Staaten im Kontext der drei ausgewählten Fälle darstellen. Ziel der Verhaltensprofile ist es, entsprechend der Methode des strukturierten, fokussierten Vergleichs (vgl. George 1979) Unterschiede einerseits sowie Gemeinsamkeiten andererseits im außenpolitischen Verhalten der ausgewählten EU-Staaten zu ermitteln. Diskrepanzen zwischen allgemeinem und spezifischen Profilen können dabei mit Wandel, Konflikttyp oder Politikfeld erklärt werden.

Zur Ermittlung der fallstudienspezifischen Verhaltensprofile wird ein Kriterienkatalog erstellt, der sich am Zivilmacht-Projekt orientiert und den Voraussetzungen der Methode des strukturierten, fokussierten Vergleichs genügen soll. Der Kriterienkatalog soll es ermöglichen, das europapolitische Verhalten der Untersuchungsländer abzubilden. Die entsprechenden Kriterien sind streng phänomenologisch ausgewählt wurden aber in ähnlicher Form für empirische Untersuchungen vorgeschlagen (vgl. Zartman 1994: 5):

(1) Art der Kooperation:

- vergemeinschaftet
- intergouvernemental in der EU
- bilateral in der EU
- multilateral außerhalb der EU
- unilateral

(2) Haltung zum gemeinsamen Handeln:

- Initiator
- Supporter
- Passive complier
- Reluctant follower
- Obstructor

(3) Eigener Mitteleinsatz:

- Militärische Aktionen
- Andere politische Aktionen
- Materielle positive Anreize
- Materielle negative Anreize
- Selbstbindungen: Versprechen, Warnungen, Drohungen, Erpressungen
- Symbolische Akte

(4) Sonstige Kriterien, die wir bei der Profilerstellung finden

3.3 Erstellung der Diskursprofile (Dimension 2)

Wie an anderer Stelle gezeigt (siehe Abschnitt 2.4), liegt dem Projekt ein Identitätsansatz zugrunde. Wir betrachten Identität als eine komplexe Konstruktion mit aktiven und inaktiven Teilen. Der Diskurs ist das Medium, durch welches Identität in einer konkreten Situation mit Bedeutung versehen wird. Historische Erinnerungen z.B. werden zur Konstruktion von Identität instrumentalisiert, und der Diskurs ist das Werkzeug zur Konstruktion von historischen Erinnerungen – das Bild der Vergangenheit wird aus der Gegenwart heraus entworfen.

Der Begriff „*Diskurs*“ bezeichnet im Rahmen dieses Projekts eine *kommunikative Interaktion, in der versucht wird, Identitätselemente und Handlungspräferenzen argumentativ im Wege einer Kausalkette entsprechend der gesellschaftlich akzeptierten Angemessenheitslogik*¹⁸ – die auf der nationalen Identität beruht - miteinander zu verbinden.¹⁹

3.3.1 Das Diskursverständnis²⁰

Nationale Identität stellt einen Rahmen dar, innerhalb dessen verschiedene Verhaltensweisen als angemessen gelten können. Welche Verhaltensweise sich durchsetzt, ergibt sich erst in identitätsbezogenen innergesellschaftlichen Diskursen, in welchen auf verschiedene Identitätselemente Bezug genommen werden kann. Nationale Identität bildet demnach den kommunikativ zu aktivierenden Referenzrahmen für diese Diskurse. Dabei muss ein spezifische Verhaltensweise betreffender Diskurs dem Verhalten, auf das er sich bezieht, nicht zeitlich vorausgehen, sondern kann auch post factum legitimatorisch geführt werden. Jedoch wird angenommen, dass außenpolitische Entscheidungsträger in Demokratien sich auch dann in der Auswahl von Verhaltensoptionen innerhalb des Referenzrahmens nationaler Identität bewegen, wenn der das Verhalten betreffende Diskurs erst nachträglich geführt wird.

¹⁸ Die Angemessenheitslogik besagt, dass „behaviors (beliefs as well as actions) are intentional but not willful. They involve fulfilling the obligations of a role in a situation, and so of trying to determine the imperatives of holding a position. (...) Within a logic of appropriateness, a sane person is one who is ‚in touch with identity‘ in the sense of maintaining consistency between behavior and a conception of self in a social role“ (March/ Olsen 1989: 160f.). Vgl. auch Finnemore 1996: 28-31.

¹⁹ Unter „*Debatte*“ wird hier allgemein die Kontroverse über ein bestimmtes Thema verstanden. Als methodisch-technischer Oberbegriff umfasst sie alle Äußerungen zu einem Thema. Diskurse umfassen demgegenüber nur identitätsbezogene Argumentationen. Die Debatte erstreckt sich zumeist über einen langen Zeitraum und kann verschiedene Diskurse zu einem bestimmten Thema umfassen. Sie spiegelt somit auch die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Diskursmustern wider. Die allgemeine Debatte über Auslandseinsätze in der Bundesrepublik Deutschland z. B. erstreckte sich von 1991-1999. Unabhängig von sonstigen Argumentationen lassen sich in dieser Zeit zumindest zwei Diskurse festmachen, einer vor dem Hintergrund des Bosnien-Konflikts 1991-1994 und ein anderer im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt 1998/99.

²⁰ Für eine ausführliche Darstellung zur Rolle der Diskursanalyse in der Außenpolitikforschung und zum angenommenen Wirkungszusammenhang zwischen Diskurs und außenpolitischem Verhalten siehe: Nadoll, Jörg: Diskursanalyse und Außenpolitikforschung, PAFE-Arbeitspapier Nr. 2, Dezember 2000, unter: <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm>

Dabei wirkt nationale Identität nicht als direkte Ursache von Verhalten. Sie bietet vielmehr "Gründe" für verschiedene Verhaltensweisen und deren Rechtfertigung an.²¹

- Diskurse stellen einen wesentlichen Einflussfaktor für die Gestaltung von Außenpolitik in einer Gesellschaft dar.
- Der Einfluss anderer Faktoren hängt davon ab, wie sie im innergesellschaftlichen Diskurs thematisiert, bewertet und mit Bedeutung versehen werden.
- Der Diskurs ist das Medium, durch welches Identität mit Bedeutung versehen wird.
- In Diskursen wird versucht, Identitätselemente und Handlungspräferenzen argumentativ im Sinne der gesellschaftlich akzeptierten Angemessenheitslogik miteinander zu verbinden.
- Einige dieser argumentativen Verbindungen verfestigen sich durch beständige Rekonstruktion zu einer Diskursformation.
- Diskurse schaffen einen „Common Sense“. Damit schränken dominante Diskurse einerseits einen möglichen Widerstand der Gesellschaft gegen ein bestimmtes Regierungshandeln ein und setzen andererseits dem Regierungshandeln selbst enge Grenzen. Durch den innergesellschaftlichen Diskurs wird festgelegt, welches Verhalten in einer konkreten Situation von einer Gesellschaft als vertretbar erachtet wird.
- Insbesondere in pluralistischen Demokratien sind Entscheidungsträger bemüht, ihr Verhalten vermittels von innergesellschaftlichen Diskursen zu legitimieren.
- Diskurse verlaufen nicht autonom und nicht herrschaftsfrei. Einige Diskursteilnehmer sind aufgrund einer gesellschaftlich herausgehobenen Stellung eher in der Lage, auf den Diskursverlauf Einfluss zu nehmen.
- In ontologischer Hinsicht stellen Diskurse das Bindeglied zwischen Akteur und Struktur dar.

3.3.2 Grundbegriffe der Diskursanalyse

Diskursformation: Identitätsgeprägtes, handlungsleitendes Argumentationsmuster. Diskursformationen spiegeln Grundelemente der Identitätskonstruktion einer Gesellschaft wider, die im Zuge vergangener Diskurse – hier verstanden als historische Abschnitte innerhalb einer Diskursformation – kommunikativ bestätigt worden und daher recht stabil sind. Der Begriff Diskursformation bezeichnet in methodisch-theoretischer Hinsicht eine weitergehende Operationalisierung von Identität.

²¹ Zur Unterscheidung vgl. Kratochwil, Friedrich/ Ruggie, John G.: A State of the Art on an Art of the State; in: International Organization 40 (1986) 4, S. 753-775.

Diskursstruktur: Formaler Weg (Struktur), den ein Diskurs in einer Gesellschaft nimmt, d.h. beteiligte Personen, Gruppen und Institutionen. Die Struktur wird sowohl durch die eigentlichen *Träger* des Diskurses - also diejenigen Personen oder Institutionen, die aktiv auf den Diskurs Einfluss nehmen und durch ihre Argumentation bzw. ihr Wirken die (Re)Konstruktion der Identität beeinflussen - als auch durch sonstige Beteiligte gebildet.

Diskursmuster: Inhaltlich konstante, auf einem bestimmten identitätsbezogenen Argumentationsmuster beruhende Art und Weise, wie ein Thema in einem aktuellen Diskurs behandelt wird. Im Gegensatz zum Diskurs wird Diskursmuster nicht als Interaktion, sondern als Ergebnis einer Handlung verstanden.

Diskursprofil: Da Diskurse und insbesondere Diskursformationen komplexe historisch gewachsene Gebilde sind, lassen sie sich nicht in ihrer Gesamtheit darstellen. Der rein methodisch-technische Begriff „Diskursprofil“ bezeichnet daher das Abbild/ „Abstract“ eines Diskurses bzw. einer Diskursformation unter Berücksichtigung der aktuellen bzw. grundsätzlichen Träger.

3.3.3 Vorgehensweise bei der Diskursanalyse

Ziel dieses Analyseverfahrens ist die Erstellung eines fallstudienbezogenen „Diskursprofils“, das einem „Abstract“ des entsprechenden Diskurses gleichkommt: Es fasst den identitätsgeprägten Hauptdiskurs, dessen Inhalte sowie seine Träger zusammen. Wohlge-merkt, dieses Diskursprofil ist strikt „innengeleitet“, es beinhaltet Kommunikation und Handlungen externer Akteure nur insoweit, als sie von internen Trägern des Diskurses aufgenommen werden. Externe Faktoren wie außenpolitischer Druck durch andere Regierungen und institutionelle Zwänge werden somit in unserem Vorgehen berücksichtigt, soweit sie über Sprache vermittelt und im innergesellschaftlichen Diskurs argumentativ verwendet werden.

Um die Diskursanalyse als methodisches Werkzeug im Rahmen einer politikwissenschaftlichen Untersuchung adäquat einsetzen zu können, haben wir uns für folgende Vorgehensweise entschieden:

In der ersten Phase, die der Ermittlung der Diskursformationen dient, werden anhand von Sekundärliteratur die „allgemeinen Diskursprofile“ eines Landes erstellt. Die Profile sollen neben den Diskursformationen auch diejenigen Diskurssträger abbilden, die typischer Weise auf bestimmte Formationen zurückgreifen.

Dazu wird zunächst die Diskursstruktur eines Landes erfasst. Diese bezeichnet den Weg, den ein außenpolitischer Diskurs typischerweise nimmt. Zu diesem Zweck ist auf die außenpolitisch relevanten Strukturen des jeweiligen Regierungssystems einzugehen.

Das Studium der Sekundärliteratur allein erscheint aus mehreren Gründen nicht ausreichend. Zum einen haben die Autoren in der Regel andere Erkenntnisinteressen und setzen andere Schwerpunkte, als wir es gerne hätten. Zum anderen arbeiten viele Analytiker oft mit impliziten Annahmen über die Brauchbarkeit theoretischer Ansätze, die sich für uns als störend erweisen. Aus diesen Gründen ziehen wir zur weiteren Untermauerung der allgemeinen Diskursprofile zusätzlich zwei Verfahren heran: Erstens rekonstruieren wir – wiederum überwiegend aus der Sekundärliteratur – zwei historische außenpolitische Diskurse, wovon einer vor, der andere möglichst nach 1989 stattgefunden haben soll. Da wir davon ausgehen, dass Identität sehr stabil ist, sollten in diesen Diskursen bereits die wichtigsten Identitätselemente, die allgemeinen Diskursformationen sowie Diskursstruktur und -träger identifizierbar sein. Zweitens haben wir einen Fragebogen entwickelt, der genau dies noch einmal abfragt.²² Er geht mit Antwortvorschlägen der jeweiligen PAFE-Bearbeiter versehen an die jeweiligen nationalen Experten des Advisory Boards.

In der zweiten Phase werden, ausgehend vom außenpolitisch relevanten Verhalten in den einzelnen Fallstudien und unter Berücksichtigung der allgemeinen Diskursprofile, der das Verhalten begleitende Diskurs ermittelt und dieser hinsichtlich der einzelnen Diskursmuster analysiert. Die Untersuchung soll zeigen, welches Diskursmuster sich als dominant herausgestellt hat und wie eine Diskurshegemonie erreicht wurde, die zur gesellschaftlichen Legitimation des außenpolitischen Verhaltens geführt hat. Durch die Beantwortung dieser Fragen kann gezeigt werden, wie die betreffende Gesellschaft die konkrete Situation bewertet und wie sie sich dabei selbst kategorisiert. Analysebegriffe, die mit Blick auf die allgemeinen Diskursprofile eingeführt werden, sollen helfen, eine Vergleichbarkeit hinsichtlich der Selbst-Kategorisierungen der einzelnen Länder in den verschiedenen Fallstudien zu gewährleisten. Bei diesen Analysebegriffen soll es sich um Begriffe handeln, die unaufgeladen (nicht normativ besetzt), kontextabhängig (von zentraler Bedeutung im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse) und fallstudienspezifisch sind (z.B. Staat/ Nation, Europa, europäische Sicherheit, europäische Einheit, europäische Wohlstandsgewinne). Die Analysebegriffe werden als Hilfsmittel verstanden, die Anhaltspunkte bei der Diskursanalyse geben sollen. Mit ihrer Hilfe soll untersucht werden, ob die Argumentation in bezug auf europäische Außenpolitik in einem Land z.B. idealistisch (Ziel des Handelns soll die Stärkung eines

²² Siehe PAFE-Fragebogen, Erstkonzeption von Jörg Nadoll, zusammengestellt von Jan Velleman im Juni 2000.

gemeinsamen Europas sein) oder eher instrumentalistisch (Ziel des Handels soll die Stärkung der eigenen Position – unter Zuhilfenahme der gemeinsamen Strukturen – sein) geführt wird (siehe Larsen 1999). Da die Diskurse in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ablaufen können, soll die Bedeutung der Analysebegriffe nicht überbetont und ihre Zahl möglichst klein gehalten werden. Bei der Untersuchung der Diskurse ist grundsätzlich darauf zu achten, welche ideellen Grundlagen zur Begründung des Handelns in den einzelnen Ländern herangezogen werden und inwiefern es sich dabei um rein nationale Kategorien handelt oder ob sich daraus Kategorisierungen ergeben, die die anderen EU-Mitgliedsländer im Sinne eines gemeinsamen Ganzen (europäische Identität) einbeziehen.

3.3.4 Auswahl der relevanten Textquellen

Als relevante Textquellen, die den Gegenstand der Diskursanalyse bilden, werden insbesondere Presseerklärungen von Regierungsfraktion(en) und Opposition, Parlamentsdebatten und Parteiprogramme angesehen. Darüber hinaus werden weitere Textquellen wie Meinungsumfragen, Leitartikel, etc. hinzugezogen, soweit sie mit Blick auf das Regierungssystem – insbesondere die Legitimationsfunktion - (z.B. schwache/starke Stellung der Parteien, Möglichkeit von Referenden, Stellung des Verfassungsgerichts, etc.) als wesentlich erscheinen. Bereits beim flüchtigen Blick in die europäische Parteienlandschaft wird man gewahr, dass in der Europapolitik die Diskurse oft quer zu den Parteien laufen. Dies hat Einfluss auf die zu wählende Analyseebene: In der Rekonstruktion der jeweiligen Diskurse kommen wir in solchen Fällen nicht umhin, bis auf die Parteifraktionsebene herunter zu gehen.

3.4. Konkurrierende Leithypothesen zur Erstellung von Motivprofilen

(Dimension 3)

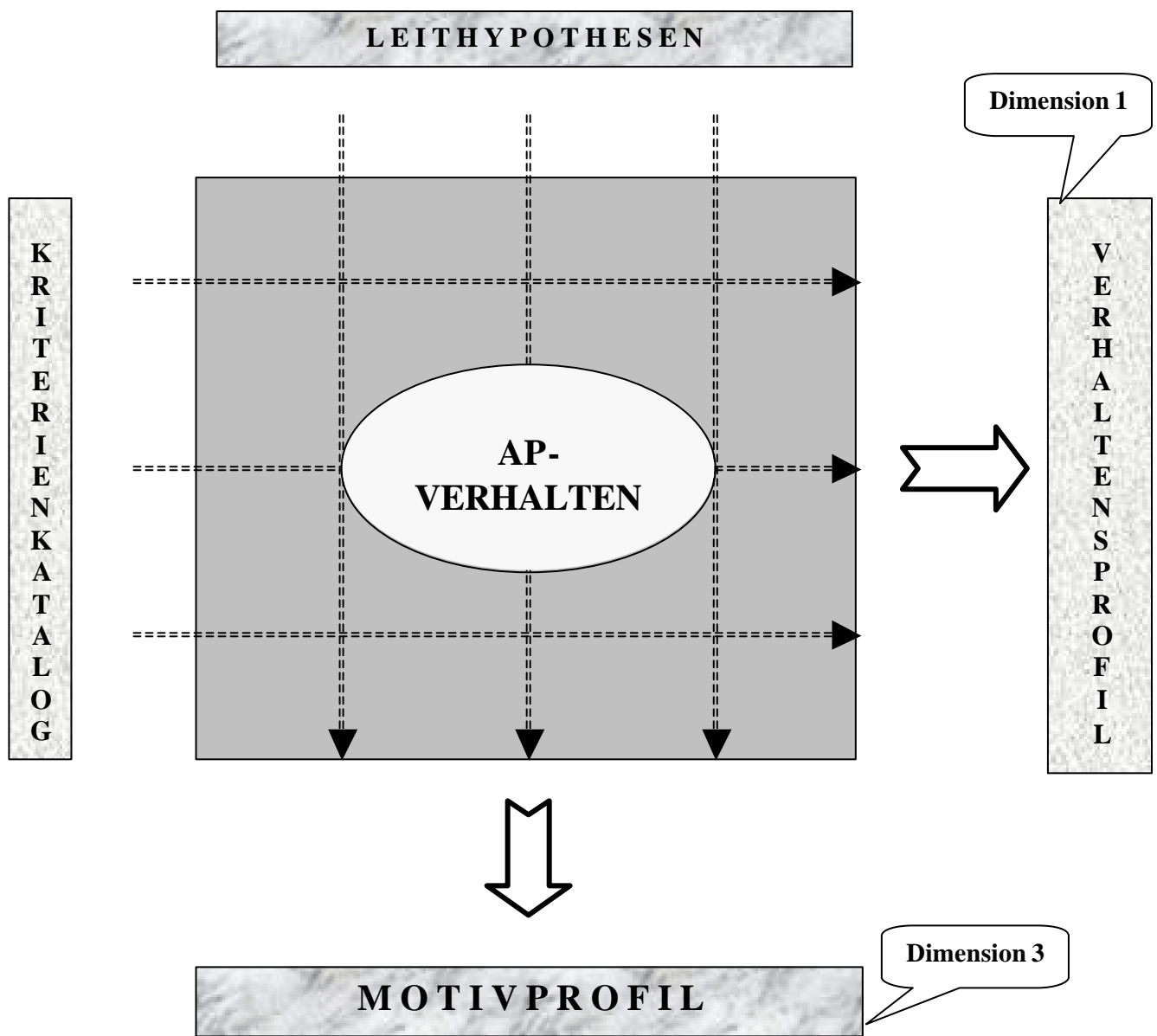
Auch bei einem „hermeneutischen“ Projekt wie unserem, das eher auf Theoriebildung zielt, nicht aber als stringenter Theorietest angelegt ist,²³ bedarf es der wenigstens kursorischen Prüfung alternativer Erklärungen, um die Plausibilität des eigenen Ansatzes bewerten zu können. Dementsprechend halten wir es im Sinne eines eingebauten ‚doute méthodique‘ für sinnvoll, Reflexionen über alternative Handlungsmotive anzustellen. Zu diesem Zweck werden, gestützt auf die Großtheorien der Internationalen Beziehungen, Leithypothesen konkurrierend zum Forschungsdesign in den folgenden Schritten formuliert:

²³ Vgl. hierzu die Darstellung der Methodik-Typologie im PAFE-Arbeitspapier Nr. 1 „Vergleich als Methode“ von Anna Jóhannesdóttir, S. 4.

- (1) Die Großtheorien setzten unterschiedliche Handlungsmotive voraus, anhand derer allgemeine Verhaltenserwartungen formuliert werden. So gehen bspw. sowohl der Liberalismus (in seiner utilitaristischen Variante) und der (Neo-)Realismus davon aus, dass Staaten als rationale Akteure ihren Nutzen zu maximieren suchen. Während der (Neo-)Realismus dabei jedoch relative Gewinne als weit bedeutsamer ansieht, unterstellt der Liberalismus Staaten ein Verhalten, das sich an absoluten Gewinnen orientiert.
- (2) Diese allgemeinen, theorieinspirierten Verhaltenserwartungen werden konkretisiert durch die allgemeinen nationalen Außenpolitikprofile der einzelnen Länder und durch die besonderen Gegebenheiten der jeweiligen Fallstudie. Aus (neo-)realistischer Perspektive wäre z.B. die (v.a. militärische) Machtposition eines Staates und das betroffene Politikfeld (high or low politics) bei der Formulierung der konkreten Verhaltenserwartung in Rechnung zu stellen.

Die auf diese Weise für jedes Land erstellten Leithypothesen werden am Ende der Fallstudienuntersuchung dem ermittelten außenpolitischen Verhalten gegenübergestellt. Durch den Vergleich des ermittelten Verhaltens mit der jeweiligen Verhaltenserwartung lassen sich einzelne Motivkategorien u.U. ausschließen. Mit dieser Vorgehensweise werden alternative Erklärungsmodelle zu dem explizit geprüften konstruktivistischem Ansatz beleuchtet (s.u. Abb. 5). Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass wir keinen stringenten Theorietest anstreben, sondern v.a. nach Defiziten alternativer, theoriegeleiteter Erklärungen suchen, in Bezug auf welche unsere konstruktivistische Theorie identitätsbestimmten außenpolitischen Verhaltens möglicherweise überlegen erscheint.

Abb. 5: Grafik; Erstellung der Verhaltens- und Motivprofile



4. Literatur

- Adler, Emanuel: Seizing the Middle Ground. Constructivism in World Politics. In: European Journal of International Relations 3 (1997), S. 319-363.
- Aggestam, Lisbeth: Role Conceptions and the Politics of Identity in Foreign Policy. In: ARENA Working Papers WP 99/8 (<http://www.sv.uio.no/arena/publications/wp998.htm>).
- Anderson, Benedict: Imagined Community. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London 1991.
- Berger, Peter/Luckmann, Thomas: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1971.
- Berg-Schlosser, Dirk/Maier, Herbert/Stammen, Theo: Einführung in die Politikwissenschaften; München 1974.
- Boekle, Henning/Katsoulis, Christos: Foreign Policies in Europe: The EU and its Member States in the Former Yugoslavia, Conference Report, Universität Trier 2000.
- Boekle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang: Norms and Foreign Policy. In: Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung 34a (1998), S. 1-58.
- Checkel, Jeffrey T.: Social Construction and Integration. In: ARENA Working Papers WP 98/14 (http://www.sv.uio.no/arena/publications/wp98_14.htm).
- Checkel, Jeffrey T.: International Norms and Domestic Politics: Bridging the Rationalist-Constructivist Divide. In: European Journal of International Relations 3 (1997) 4, S. 473-495.
- Condor, Susan/ Antaki, Charles: Social Cognition and Discourse. In: Dijk, Teun A. van (Hrsg.): Discourse as Structure and Process. Discourse Studies : A Multidisciplinary Introduction. Volume 1, London, Thousand Oaks, New Delhi 1997, S. 320- 347.
- Cruz, Consuelo: Identity and Persuasion. How Nations remember their Pasts and make their Futures. In: World Politics 52 (2000) 2, S. 275-312.
- Czempiel, E.-O.: Internationale Politik. Ein Konfliktmodell; Paderborn 1981.
- Dijk, Teun A. van: Ideology. A Multidisciplinary Approach, London, Thousand Oaks, New Delhi 1998.
- Eder, Klaus: Framing and Communicating Environmental Action. A Discourse Analysis of Environmentalism, Firenze 1992.

- Elgström, O.: Lomé and Post-Lomé: Asymmetric Negotiation and the Impact of Norms. In: European Foreign Affairs Review 5 (2000) 2, S. 175-197.
- Elman, Colin: Horses for Courses. Why Not Neorealist Theories of Foreign Policy. In: Security Studies 6 (1996) 1, S. 7-52.
- Eyal, Jonathan: Europe and Yugoslavia: Lessons from a Failure, Dorset 1993.
- Festinger, Leon: A Theory of Cognitive Dissonance; Evanston 1957.
- Finnemore, Martha: National Interests in International Security, Ithaca, New York 1996.
- Fuchs, Peter: Die Erreichbarkeit der Gesellschaft. Zur Konstruktion und Imagination gesellschaftlicher Einheit, Frankfurt a.M. 1992.
- George, Alexander L.: Case Studies and Theorie Development. The Method of Structured, Focused Comparison. In: Lauren, Paul Gordon (Hrsg.): Diplomacy: New Approaches in History, Theory and Policy; New York 1979, S. 43-68.
- Gerhards, Jürgen: Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit; in: Zeitschrift für Soziologie 1993, S. 96-110.
- Göhler, Gerhard. (Hrsg.): Grundfragen der Theorie politischer Institutionen: Forschungsstand - Probleme - Perspektiven, Opladen 1987a.
- Göhler, Gerhard (1987b): Institutionenlehre und Institutionentheorie in der deutschen Politikwissenschaft nach 1945; in: Göhler, Gerhard: (1987a), S.15-47.
- Göhler, Gerhard: Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation. In: Ders.(Hrsg.): Institution - Macht - Repräsentation: Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken; 1.Aufl., Baden-Baden 1997, S.11-64.
- Goldstein, Judith/Keohane, Robert (Hrsg.): Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions and Political Change, Ithaca, New York 1993.
- Grieco, Joseph M. (1995): The Maastricht Treaty, Economic and Monetary Union and the Neo-realist Research Programme; in: Review of International Studies 21, S.21-40
- Hauriou, Maurice: Die Theorie der Institution und zwei weitere Aufsätze, Berlin 1965.
- Harnisch, Sebastian: "Der Zivilmachtsansatz ist keine Schönwettertheorie." Überlegungen zur methodischen und theoretischen Verortung, unveröff. Manuskript, Universität Trier, 15. Mai 1997 ([downloadable: http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/start.htm](http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/start.htm)).
- Hasenclever, Andreas/Mayer, Peter/Rittberger, Volker: Theories of International Regimes; Cambridge 1997. (zitiert: Hasenclever et al. 1997)
- Hill, Christopher (Hrsg.): The Actors in Europe's Foreign Policy, London 1996.
- Hill, Christopher/Wallace, Wallace: Introduction: Actors and Actions. In: Hill, C. (Hrsg.), The Actors in Europe's Foreign Policy, London 1996.

- Hollis, Martin/Smith, Steve: Explaining and Understanding International Relations, Oxford 1992.
- Holtmann, Everhard (Hrsg.): Politik-Lexikon, München Wien 1991.
- Jepperson, Ronald L. / Wendt, Alexander / Katzenstein, Peter J.: Norms, Identity and Culture in National Security. In: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York 1996.
- Jetschke, Anja/Andrea Liese: Kultur im Aufwind. Zur Rolle von Bedeutungen, Werten und Handlungsrepertoires in den internationalen Beziehungen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1 (1998), S. 149-179.
- Katzenstein, Peter J.: United Germany in an Integrating Europe. In: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): Tamed Power. Germany in Europe, Ithaca, London 1997, S. 1-48.
- Kirste, Knut/ Maull, Hanns W.: Zivilmacht und Rollentheorie. In: ZIP 3 (1996) 2, S. 283-312.
- Koslowski, Gerd: Bosnien: Scheitern der Institutionen und Mächtebalance in Europa. In: Außenpolitik 47 (1996) 4, S. 359-366.
- Kratochwil, Friedrich/ Ruggie, John G.: International organization: a state of the art on an art of the state. In: International Organization 40 (1986) 4, S. 753-775.
- Kratochwil, Friedrich V.; Rules, Norms and Decisions. On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs; Cambridge 1989.
- Lapid, Yosef: The Third Debate: On the Prospects of International Theory in a Post-Positivist Era, in: International Studies Quarterly 33 (1989) 2, S. 235-254.
- Lapid, Yosef / Kratochwil, Friedrich (Hrsg.): The Return of Culture and Identity in IR Theory, Boulder(Colorado) 1996.
- Larsen, Henrik: British and Danish European Policies in the 1990s: A Discourse Approach. In: European Journal of International Relations 5 (1999) 4, S. 451-483.
- Lepsius, Rainer M.: Interessen, Ideen, Institutionen, Opladen 1990.
- Link, Jürgen: Über Kollektivsymbolik im politischen Diskurs und ihren Anteil an totalitären Tendenzen. In: kultuRRRevolution 17/18 (1998), S. 47-53.
- Little, Richard / Smith, Steve (Hrsg.): Belief Systems and International Relations, Oxford, Basil Blackwell 1988.
- Malinowski, B.: Eine wissenschaftliche Theorie der Kultur. Frankfurt/M. 1975.
- March, James G./Olsen, Johan P.: Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics, New York 1989.

- Marcussen, Martin/ Risse, Thomas/ Engelmann-Martin, Daniela/ Knopf, Hans Joachim/ Roscher, Klaus: Constructing Europe ? The Evolution of French, British, and German Nation-State Identities. Ms., European University Institute, Florence 28. 09.1998 (zitiert: Marcussen et al. 1998)
- Mauß, Hanns W.: Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik. In: Europa Archiv (1992) Folge 10, S. 269-278.
- Mauß, Hanns W./ Stahl, Bernhard (2000): Krisenmanagement am Beispiel des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien: Deutschland und Frankreich im Vergleich. Papier präsentiert auf der Tagung „Zukunft des Nationalstaates in der Europäischen Integration“ der Deutsch-Französischen Zukunftswerkstatt (dfi) am 7./8. September in Otzenhausen.
- Mead, George Herbert: Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus, Frankfurt a.M. 1973.
- Moravcsik, Andrew (1998): The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht; Ithaka.
- Nadoll, Jörg: Diskursanalyse und Außenpolitikforschung, PAFE-Arbeitspapier Nr. 3, Trier Dezember 2000, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm>.
- Oakes, Penelope J./ Haslam, S. Alexander/ Turner, John C.: Stereotyping and Social Reality. Oxford 1994.
- Pollack, Johannes: Zur politischen Identität der Europäischen Staatengemeinschaft, Frankfurt a.M., u.a. 1998.
- Rein, Martin: Frame-Reflective Policy Discourse, Leyden 1986.
- Risse-Kappen, Thomas: Cooperation Among Democracies. The European Influence on U.S. Foreign Policy, Princeton 1995.
- Risse-Kappen, Thomas: Democratic Peace – Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument. In: European Journal of International Relations 1 (1995) 4, S. 491-517.
- Risse-Kappen, Thomas: Collective Identity in a Democratic Community: The Case of NATO. In: Peter J. Katzenstein (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York 1996, S. 357-399.
- Risse, Thomas/ Engelmann-Martin, Daniela: Identity Politics and European Integration: The Case of Germany. Ms., European University Institute, Florence 16.02.99. (zitiert: Risse et al. 1999a).

- Risse, Thomas/ Engelmann-Martin, Daniela/ Knopf, Hans Joachim/ Roscher, Klaus: To Euro or Not to Euro ? The EMU and Identity Politics in the European Union. In: *European Journal of International Relations* 5 (1999) 2, S. 147-187. (zitiert: Risse et al. 1999b)
- Risse, Thomas: Let's Argue! Persuasion and Deliberation in International Relations. In: *International Organization* 54 (2000) 1.
- Rittberger, Volker (Hrsg.): *Regime Theory and International Relations*; Oxford 1993.
- Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang: Germany's Post-Unification Foreign Policy in Search of an Explanation. Paper prepared for Delivery at the 41st Annual Convention of the International Studies Association, Los Angeles, March 14-18, 2000.
- Rometsch, Dietrich (Hrsg.): *The European Union and its member states. Towards institutional fusion?* Manchester 1996.
- Schmalz, Uwe: Aufbruch zu neuer Handlungsfähigkeit. Die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter deutscher Ratspräsidentschaft. In: *Integration* 22 (1999) 3, S. 191-204.
- Schreiner, Klaus: Dauer, Niedergang und Erneuerung klösterlicher Observanz im Hoch- und spätmittelalterlichen Mönchtum. Krisen, Reform und Institutionalisierungsprobleme in der Sicht und Deutung betroffener Zeitgenossen; in: Melville, G. (Hrsg.): *Institutionen und Geschichte. Theoretische Aspekte und mittelalterliche Befunde*; Köln et al. 1992, S.295-341.
- Searle, John R.: *Speech Acts. An Essay in the Philosophy of Language*; Cambridge 1970.
- Stahl, Bernhard: Warum gibt es die EU und die ASEAN? Faktoren weltpolitischer Institutionalisierung in vergleichender Analyse; Baden-Baden 1998.
- Stahl, Bernhard: When Values Meet. Recent European Experiences. In: Han Sung-Joo (Hrsg.) : *Changing Values in Asia*, Tokyo, et al. 1999, S. 280-302.
- Stavridis, Stelio/Hutchence, Justin (2000): Mediterranean Challenges to the EU's Foreign Policy. In: *European Foreign Affairs Review* 5 (2000) 1, S. 35-62.
- Stone Sweet, A./Sandholtz, W. (1998): *European Integration and Supranational Governance*
- Tajfel, Henri: *Differentiation between social groups. Studies of social psychology of inter-group relations*, London 1978.
- Wagner, Wolfgang: Interessen und Ideen in der europäischen Verfassungspolitik. Rationalistische und konstruktivistische Erklärungen mitgliedstaatlicher Präferenzen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 40 (1999) 3, S. 415-441.
- Waltz, Kenneth N.: The Emerging Structure of International Politics. In: *International Security* 18 (1993) 2, S. 44-79.

- Waschkuhn, A.: Allgemeine Institutionentheorie als Rahmen für die Theorie politischer Institutionen; in: Göhler (1987a), S.71-97.
- Weidenfeld, Werner (Hg.): Europa-Handbuch; Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 359, Bonn 1999.
- Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration, Bonn 1981.
- Weller, Christoph: Kollektive Identitäten in der internationalen Politik. Anmerkungen zur Konzeptionalisierung eines modischen Begriffs. In: Reese-Schäfer, Walter (Hrsg.): Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung, Opladen 1999, S. 249-278.
- Weller, Christoph: Kollektive Identitäten in der Weltgesellschaft. Nationale, transnationale und regionale Identitäten im 21. Jahrhundert. Paper des Instituts für Asienkunde, Hamburg 2000.
- Wendt, Alexander: Anarchy is What States Make of it. In: International Organization 46 (1992) 2, S. 391-425.
- Wendt, Alexander: Collective Identity Formation and the International State. In American Political Science Review 88 (1994) 2, S. 384-396.
- White, Barry: European Challenge to Foreign Policy Analysis; in: European Journal of International Relations 5 (1999) 1, S. 37-66.
- Zartman, William I. (Hrsg.): International Multilateral Negotiation. Approaches to the Management of Complexity, San Francisco 1994.